

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,00 M. Für Post- bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Ostpreußen 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., jährlich Saluto-Ausschluss, per Brief für Deutschland und Ostpreußen 30,- M., Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgrößte Monarchie der Welt über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Postzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Postzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif-Tabelle. Anzeigen und Stellen-Angebote 2,50 M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2630, 2645, 4510, 4603, 4635, 4649, 4921.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Ernährungslage in Deutschland

### Eine Denkschrift für Spaa

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch die deutsche Delegation der Konferenz in Spaa eine eingehende Darstellung über die Ernährungslage Deutschlands unterbreitet, in der er die großen Ernährungsschwierigkeiten in Deutschland, die gerade in den letzten Monaten einen äußerst bedrohlichen Charakter angenommen haben, darlegt. Die Darstellung gelangt zu folgendem Ergebnis:

So muß festgestellt werden, daß die Ernährung des deutschen Volkes, anstatt eine Besserung nach dem Kriege erfahren zu haben, gegenwärtig sogar erheblich verschlechtert worden ist. Die Lage ist heute tatsächlich so, daß die Bevölkerung stark unterernährt ist und die ihr dazugehörigen Rationen durchaus unzureichend sind, daß aber auf der anderen Seite die große Masse des Volkes außerstande ist, sich auch nur diese unzureichenden Rationen zu kaufen. Die Möglichkeit, die deutsche Landwirtschaft wieder zu ihrer früheren Leistungsfähigkeit zurückzuführen, ist noch sehr beschränkt, und so ergibt sich für Deutschland die unbedingte Notwendigkeit, für die Wiederherstellung normaler Ernährungsverhältnisse die tatkräftige Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen. Ohne ausländische Unterstützung ist Deutschland nicht in der Lage, sein Volk ausreichend zu ernähren, es damit von seiner großen, durch die politische Unruhe begünstigten Kernkraft zu befreien und damit die Quelle aller seiner Schwierigkeiten zu beheben. Es genügt aber nicht, daß das Ausland größere Mengen von Lebensmitteln zuführt, sondern es muß dies auch unter Bedingungen geschehen, die es dem deutschen Volke tatsächlich ermöglichen, die Lebensmittel zu bezahlen. Um ferner die heimische Erzeugung nachdrücklicher fördern zu können, muß Deutschland die Einfuhr von Rohphosphaten, von Schwefelkies und von Futtermitteln zur Wiederherstellung seines Viehstandes ermöglicht werden.

Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Umstände, nämlich der Verminderung der Anbaufläche, der Erntemengen und des Ausfalls der diesjährigen Ernte, beziffert sich der Einfuhrbedarf Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr auf 2 000 000 Tonnen Brotgetreide, 2 000 000 Tonnen Futtermittel, 750 000 Tonnen Delfrucht, 180 000 Tonnen Fleisch und Speck, 144 000 Tonnen Fett, 500 000 Tonnen Fische, ferner 500 000 Tonnen Koh-

phosphat und die zu seiner Aufschmelzung notwendige Menge von 350 000 Tonnen Schwefelkies im Gesamtwert von 3 403 600 000 Goldmark. Die befriedigende Regelung der Ernährungsfrage in Deutschland ist und bleibt die erste und wesentlichste Voraussetzung für den Erfolg aller anderer Maßnahmen zur Hebung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die deutsche Delegation schlägt daher vor, die Konferenz in Spaa solle beschließen, daß eine Kommission aus Sachverständigen der einzelnen Länder mit größter Beschleunigung zusammentritt, um über die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage in Deutschland zu beraten und den auf der Konferenz in Spaa vertretenen Mächten dahingehende konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Die Feststellung des Reichsernährungsministers, daß die große Masse des deutschen Volkes außerstande ist, sich auch nur die unzureichenden Rationen zu kaufen, ist durchaus zutreffend. In der inneren Politik aber hat er leider nicht die entsprechenden Folgerungen aus dieser Tatsache gezogen, denn er ist gegenwärtig im Begriff, eine so erhebliche Erhöhung der Preise vorzunehmen, daß die von ihm richtig geschilderten Gefahren für Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Arbeitslust der Bevölkerung ins Ungemessene steigen.

Seine Forderungen an die Entente sind deshalb nur eine halbe Maßnahme. Gewiß wäre es für die deutsche Bevölkerung eine wesentliche Erleichterung, wenn durch vermehrte Einfuhr zu erträglichen Preisen eine Besserung ihrer Ernährung eintreten würde. Aber die ausländischen Zufuhren können doch stets nur eine Ergänzung zu der inländischen Erzeugung bilden. Werden die Preise für die inländischen Erzeugnisse dauernd weiter erhöht, so bestehen die Gefahren hieraus unvermindert fort, da die ausländischen Lebensmittel auch bei dem jetzigen Stand der deutschen Wälua noch in erheblichem Mangel zu den Löhnen stehen werden. Selbst wenn also die Entente, was wir hoffen, Verständnis für die deutsche Ernährungsnotlage haben sollte, so würde dadurch der Kampf gegen die Erhöhung der Preise für die einheimischen Erzeugnisse und für ihren Abbau nicht weniger notwendig sein.

## Das Ende eines Abenteuers

Polen ist militärisch zusammengebrochen. Damit hat ein politisches Abenteuer sein natürliches Ende gefunden. Denn nicht anders denn abenteuerlich ist der polnische Feldzug gegen Sowjetrußland zu bezeichnen, und natürlich ist das Ende, da es nach allen gegebenen Vorbedingungen nicht anders sein konnte.

Rufen wir uns ins Gedächtnis zurück, unter welchen Umständen Polen und Sowjetrußland in kriegerische Verwicklungen eintraten. Das eben erst durch den Nachspruch der Entente zur politischen Selbständigkeit erhobene Polen begann einen imperialistischen Machtkampf zu entwickeln, der keineswegs einem Ausdehnungsdrang aus innerer Notwendigkeit entsprang, also etwa ökonomischer Hochblüte, sondern nackte militärische, ländergierige Ziele verfolgte. Dieser polnische Imperialismus aber war auch eine Folge der total umgekehrten Grundlage der inneren Politik Polens! Die Unmöglichkeit, den jungen Staat baldigst zu befestigen, was schon infolge der allgemeinen europäischen politischen und ökonomischen Unsicherheit äußerst schwierig war, mag den polnischen Machthabern die unglückliche Idee eingegeben haben, durch eine möglichst aktive Außenpolitik diese innerpolitischen Schwierigkeiten zu verdecken.

Ganz unmöglich wäre aber den polnischen Machthabern die Kampfansage an Sowjetrußland gewesen, hätten sie nicht ganz sicher mit der Unterstützung der Alliierten gerechnet. Ja, man kann ruhig behaupten, daß die Alliierten, und ganz besonders England, Polen zu diesem Kriege ermutigt haben. Das steht im engsten Zusammenhang mit der Politik Englands gegenüber Sowjetrußland. Die englische Außenpolitik arbeitete in zwei Richtungen. Nachdem Kollischal, Denikin, Judenitsch und Wrangel erledigt waren, also diese mit ungeheuren Mitteln organisierte Macht gegen Sowjetrußland verlagert hatte, verfuhr es England auf anderem Wege, mit Rußland ins Reine zu kommen. Es begann die Verhandlungen erst in Kopenhagen mit Litwinow, dann in London mit Krasin, erst mit der peinlich englischen Übersetzung, daß es sich nur um die Erledigung des Austausch der Kriegsgefangenen handelte, dann mit der etwas weitergehenden Begründung, nur mit den russischen Genossenschaften wegen Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu unterhandeln, bis man dann sogar mit Krasin als offiziellen Vertreter der Räteregierung in Verhandlungen eintrat. Auch jetzt noch wird immer wieder betont, daß die russische Räteregierung trotz aller Verhandlungen keineswegs anerkannt werde. Doch ist das nicht mehr als ein diplomatischer Trick, um das völlige Fiasko der englischen Vernichtungspolitik gegen Rußland zu verhüllen.

Aber das schlaue England setzte nicht nur auf eine Karte, im Hintergrunde lauerte immer noch der alte Lieblingsgedanke, mit Sowjetrußland auf militärischem Wege fertig zu werden. Das hätte England die ruhige Vorherrschaft bei der Neuordnung des ganzen Ostens gesichert, es hätte ihm ebenfalls den Vorrang in der wirtschaftlichen Ausbeutung Rußlands verschafft. Und außerdem hätte der Fall der Sowjetregierung auch den bedrohten englischen Einfluß in Asien wieder zu seinen Gunsten gewendet. Da die gegenrevolutionären Armeen durch die Siege der Sowjettruppen zerschmettert waren, stand als einzig militärische Macht gegen Rußland Polen zur Verfügung. Und Polen wurde der militärische Handlanger Englands.

Die Beziehungen zwischen Polen und Rußland schwanden seit Beendigung des Weltkrieges in einer latenten Konfliktsphäre. Nachdem Rußland seine Gegner niedergeschlagen hatte und endlich die Möglichkeit bestand, den inneren Aufbau des durch den Welt- und Bürgerkrieg schwer zerrütteten Staates zu beginnen, traten die Polen auf den Plan. Rußland wollte um jeden Preis Frieden haben und forderte Polen wiederholt und unter konkreten Bedingungen zu Friedensverhandlungen auf. Polen verhielt sich diesen Angeboten gegenüber 'dilatatorisch', d. h. es wartete ab, ob sich nicht eine günstige Situation ergäbe, die seine Position gegenüber Rußland stärkte und zog die Entscheidung hin. So kam es zum Krieg, der ohne eigentliche Kriegserklärung von Polen begonnen wurde.

Mag sein, daß die polnischen Machthaber allzu vorzeitig handelten, ohne die Einwilligung der Alliierten abzuwarten. Es ist auch möglich, daß sie die Ententemächte durch die vorgezogene Tatsache ganz einfach vor die Entscheidung stellen wollten. Aber hier beginnt der große Irrtum der polnischen Politiker. Die Entente befindet sich ja nicht im Schlepptau Polens, sondern umgekehrt befindet sich Polen im Schlepptau der Entente, ohne deren Unterstützung es nicht zu leben vermag. Den Alliierten fällt es nicht im Traum ein, sich zu Trägern und Beschützern einer polnischen Katastrophopolitik zu machen. Ist auch England stark beteiligt am Ausbruch des russisch-polnischen Krieges, so ist es dies doch nur im Hinblick auf den Enderfolg dieser Aktion. England wird Polen fallen lassen in dem Moment, wo es zu Rußland in ein bestimmtes, legal-politisches Verhältnis kommt. Es hat kein Interesse daran, den Polen zu helfen, damit es sich von seiner Niederlage erholen, und erneut sein militärisches Glück versuchen kann. Für England ist eben mit dem polnischen Zusammen-

## Neuer Konflikt in Spaa

### Die gestrigen Verhandlungen

Spaa, 13. Juli. (Amtlich.)

Heute vormittag elf Uhr tagte die gemischte Kommission, die gestern nachmittag von der Konferenz eingesetzt worden war, die Vorschläge der deutschen Regierung in der Wiedergutmachungsfrage erläutern zu lassen. Die deutsche Delegation wurde durch Finanzminister Dr. Wirth und Dr. Karl Melchior als wirtschaftlichen Beirat des Ministers des Auswärtigen, Geheimen Rat Wiedfeldt als Beirat des Wirtschaftsministers, Staatssekretär Bergmann als Vertreter des Wiederaufbauministeriums und der Kriegslastenkommission und einem Sekretär vertreten.

Der Präsident der Kommission stellte fest, daß es sich nur um eine Enquete, nicht um eine Beratung handelte und richtete an die deutschen Delegierten eine Reihe von Fragen, durch die verschiedene Punkte der deutschen Vorschläge aufgeföhrt wurden. Sodann bat er die deutsche Delegation um eine Erklärung im Hinblick auf die Höhe des finanziellen Angebots, insbesondere der Jahreszahlungen. Reichsminister Wirth stellte eine solche Antwort für den späteren Nachmittag in Aussicht.

Inzwischen hatten die deutschen Sachverständigen in der Kohlenfrage mit den Sachverständigen der Gegenseite über ein neues Angebot monatlicher Tonnenlieferungen an die Alliierten verhandelt und das Angebot in schriftlicher Form gemacht. Eine Einigung war nicht zustande gekommen. In dem am Nachmittag beim Herren Reichskanzler abgehaltenen Ministerrat wurde infolgedessen beschlossen, die gewünschte Auskunft an die gemischte Kommission zunächst zurückzuhalten, bis in der Nachmittagsitzung des engeren Rates der Konferenz die Kohlenlieferung, die jedem wirtschaftlichen Angebot zur Basis dienen müßte, festgestellt worden sei.

In der Sitzung des engeren Rates forderte der Präsident der Konferenz die deutschen Delegierten sogleich zur Abgabe ihrer Erklärung in der Kohlenfrage auf. Reichsminister Dr. Simons entwickelte die Gründe, aus denen es der deutschen Regierung unmöglich sei, eine Zusage wegen Kohlenlieferungen zu machen, die nicht die Zustimmung der Bergwerksunternehmer und insbesondere der Bergwerksarbeiter gefunden habe. Er machte auf den durch die Blockade geschwächten Gesundheitszustand der Bergarbeiter aufmerksam, der es ihnen ohnehin schwerere, Ueberlastungen zu leisten, und der eine weitere Steigerung der Produktion nur gestatte, wenn man die Ernährung verbessern und für eine größere Zahl Bergarbeiter Wohnung schaffen.

Unter dieser Voraussetzung könne man zuzugewandten, das Tageslieferquantum vom 1. Oktober 1920 ab um 12 000 Tonnen, also auf 58 000 Tonnen, und vom 1. Oktober 1921 ab um weitere 12 000 Tonnen auf 68 000 Tonnen zu erhöhen. Der Minister erklärte, daß eine weitere nicht unerhebliche Steigerung möglich sein werde, wenn in Obereschleichen für Ruhe gesorgt würde,

so daß Ueberlastungen geleistet werden können. Dazu sei erforderlich, den Abstimmungsstermin sobald als möglich anzusehen, weil bis dahin die friedliche Arbeit durch Agitation aller Art gestört werde. Noch besser würde es sein — aber damit gebe er nur eine Anregung ohne einen Antrag zu stellen — wenn man die Abstimmung überhaupt aufgäbe und über die Kohlenlieferung an Polen und die anderen auf die oberschlesische Kohle angewiesenen Länder unter Zustimmung der Alliierten eine Vereinbarung trafe. Diese Zustimmung sei notwendig, weil durch den Friedensvertrag für Frankreich, Italien und Belgien eine Art internationaler Hypothek auf das deutsche Kohlenvorkommen unter gewissen Bedingungen geschaffen sei. Nach seiner Ueberzeugung würde auf diese Weise Polen von der deutschen Bergwerksverwaltung mehr Kohlen erhalten können, als wenn es die Verwaltung selbst in die Hand bekäme. Die Abstimmung in Oberschlesien sei zwar zweifelhafter als die in Schleswig und Allenstein, sie werde aber von uns nicht gesüchert; was wir fürchten, sei nicht die Abstimmung, sondern die mit ihr verbundene Unruhe und Verfeindung. Der Minister bat daher, diese Anregung zur Gewährung einer neuen Verhandlungsgrundlage in Erwägung zu ziehen.

Präsident Delacroix erwiderte, daß diese Antwort die alliierten Regierungen mit größtem Bedauern erfüllte und eine sehr ernste Lage schaffe. Man habe gehofft, in Spaa zu einem wirklichen Frieden zu gelangen. Der deutsche Außenminister habe das Vorecht der Alliierten auf die deutsche Kohle anerkannt. Das Recht sei sehr maßvoll geltend gemacht worden, aber die deutsche Delegation lasse es unberücksichtigt. Unter diesen Umständen müsse er die Sitzung aufheben und behalte sich vor, den Delegationen einen Bescheid über einen neuen Termin mitzuteilen.

### Neue deutsche Vorschläge

Spaa, 13. Juli. (Savaas.)

Die deutschen Kohlenachverkündigen hielten heute vormittag eine Sitzung ab, der die alliierten Vertreter in offizieller Form beiwohnten. Die deutschen Sachverständigen machten den Vorschlag, monatlich 1 100 000 Tonnen zu liefern, die Vollerzeugung ab 1. Oktober auf 1 400 000 Tonnen zu erhöhen und, falls eine Besserung in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands eintrete, schließlich auf eine Lieferung von 1 700 000 Tonnen ab 1. Oktober zu kommen.

Regierungsbildung in Mecklenburg. Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg meldet, hat der mecklenburg-strelitzische Landtag, der aus 19 Bürgerlichen und 16 Sozialdemokraten besteht, heute infolge Einigung der Fraktionen den bisherigen Staatsminister Dr. Frhr. v. Reibnitz (Soz.) und den Führer der Demokraten des Landes, Landgerichtsrat Dr. Hülstaedt, als Staatsminister gewählt. Ferner wurde bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten der Hofrat Fried aus Fürstberg, ein Mitglied der Rechten, zum Präsidenten des Landtages gewählt.

brauch der Hintergebäude der militärischen Besatzung Sowjetrußlands vorläufig erledigt.

So nur erklärt sich das Waffenstillstandsangebot der Alliierten an Sowjetrußland. Es zwingt die Polen zur Aufgabe aller imperialistischen Pläne, zum Rückzug auf die Linie Grodno-Brest-Litowsk und gestattet den Sowjettruppen, bis auf eine Entfernung von 20 Kilometern den polnischen Truppen nachzurücken. Gleichzeitig wird eine Friedenskonferenz vorgeschlagen, an der alle Kampfparteien teilnehmen sollen, außerdem auch Westmächten, das die Möglichkeit erhalten soll, das Recht auf Unabhängigkeit geltend zu machen.

Diese Entscheidung knüpft die politischen Hoffnungen aufhefte, ist aber zugleich die einzige Möglichkeit für Polen, sich noch einigermaßen glimpflich aus diesem Abenteuer zu ziehen. Eine Antwort Sowjetrußlands auf dieses Angebot steht noch aus. Es mag für Rußland nicht leicht sein, sich angesichts seiner militärischen Erfolge und des schönen Heberfalls der Polen kurzfristig an den Verhandlungstisch zu setzen. Ohne aber die besondere Stellung der russischen Regierung auch nur im geringsten zu verkennen, kann man doch sagen, daß die politische Vernunft hier entscheidend sein sollte und nicht des Schwerts. Rußland wird auf dieser Friedenskonferenz eine beherrschende Rolle spielen können. Es wird seinen immer und immer wieder betonten Willen zum Frieden dokumentieren, und zugleich die Alliierten als die Stütze der ruhigen Entwicklung Rußlands brandmarkieren können. In diesem Schritt des Obersten Rates liegt aber auch, unausgesprochen, die Anerkennung der russischen Räteregierung, und es ist ein weiteres Moment für Rußland, im Verlaufe dieser Verhandlungen, nun auch die offizielle Anerkennung durch die Alliierten zu erzwängen.

So stehen wir mit der Entwicklung des russisch-polnischen Konflikts vor einer neuen hochwichtigen Situation in Osteuropa, die nicht ohne Rückwirkung auf die ganze europäische Politik überhaupt bleiben wird. Auch das Verhältnis Deutschlands zu Polen und Rußland wird eine entscheidende Veränderung erfahren. Aber es ist möglich, sich in prophetischen Andeutungen zu ergreifen. Die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen, ob der russisch-polnische Krieg beendet wird, ob Rußland mit seiner Friedensarbeit beginnen kann, ob Rußland als gleichberechtigtes Recht im Kreise der europäischen Großmächte auftreten kann, ob das Randstaatenproblem seine endgültige Erledigung findet. Aber schon heute kann man sagen, daß der Verlauf des polnisch-russischen Konflikts nicht nur militärisch, sondern auch politisch einen überragenden Erfolg Sowjetrußlands darstellt.

### Unterhausdebatte über die Lage im Osten

T. U. London, 13. Juli.

Gestern wurde im englischen Unterhause eine Reihe von Anfragen an die Regierung gerichtet, die sich hauptsächlich auf die Vorgänge in Polen und auf die englisch-russischen Verhandlungen bezogen, besonders aber über die Vermittlungsversuche der englischen Regierung zwischen Polen und Räterußland den Frieden herbeizuführen. Bonar Law erklärte, daß die Räteregierung die von dem britischen Kabinett gestellten Bedingungen anerkennt und die abgebrochenen Verhandlungen dementsprechend wieder aufgenommen werden. Die englische Regierung habe der Sowjetregierung bezüglich eines Waffenstillstands zwischen Moskau und Warschau Vorschläge unterbreitet. Der Waffenstillstand wird geschlossen zum Zweck der Feststellung der Friedensbedingungen nicht nur zwischen Polen und Räterußland, sondern zwischen allen Randstaaten. Der Abg. Wilson interpellierte darüber, ob zwischen London und Moskau die Verhandlungen bereits eingeleitet hätten. Bonar Law erwiderte, daß sie effektiv begonnen hätten, ferner, daß die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Polen und Räterußland erst veröffentlicht würden, wenn die Räteregierung sie eingehend geprüft hätten. Bonar Law betonte ferner, daß diese Verhandlungen keineswegs die Anerkennung der Räteregierung bedeuten. Ueber ein angebotenes Ultimatum an Räterußland für den Fall, daß es mit Polen keinen Waffenstillstand abschließen wolle, ließ sich der Vertreter der Regierung trotz der diesbezüglichen Anfragen nicht aus.

### Das Ergebnis der Reichstagswahlen in Preußen

Die preußischen Landtagswahlen werden in absehbarer Zeit stattfinden, nachdem die verfassunggebende preußische Landesversammlung ihre Arbeiten beendet haben wird. Es wird von Interesse sein, zu erfahren, wie die Reichstagswahlen vom 6. Juni in den zu Preußen gehörigen Teilen des Reiches ausgefallen sind, weil man daraus Schlüsse ziehen kann auf das Ergebnis der demnächstigen Reichstagswahlen. Der Reichswahlleiter hat nun eine Tabelle anfertigen lassen, aus der ersichtlich ist, wie in dem preußischen Gebiet zur Reichstagswahl gewählt worden ist. Diese Arbeit liegt vor, und wir geben Ihre Endziffern hier wieder.

Es ergibt sich hieraus, daß in Preußen bei der Reichstagswahl von 18 500 511 Wahlberechtigten 15 197 005 gültige Stimmen abgegeben worden sind (im Reich insgesamt 26 017 500, die Zahl der Wahlberechtigten des ganzen Reiches war noch nicht festgestellt, da aus Oberbayern und Niederbayern die entsprechenden Angaben noch fehlten). Es erhielten in Preußen die Sozialdemokraten 3 258 723 oder 21,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen; im Reich war der entsprechende Prozentsatz ganz ähnlich: 21,8. Die Unabhängigen erzielten in Preußen 2 991 112 Stimmen oder 19,7 Prozent der abgegebenen Stimmen; im Reich betrug ihre Prozentzahl nur 18,8. Die Kommunisten hatten 187 266 Stimmen in Preußen oder 1,2 Prozent, für das Reich war ihr Prozentsatz höher, nämlich 1,7 Prozent. Insgesamt haben die sozialistischen Parteien demnach in preußischen Staatsgebiet 42,3 im Reichsgebiet 42,1 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten. Es zeigt sich also eine auffallende Gleichheit in der Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen für Reich und Preußen.

Das Zentrum erlangte in Preußen 2 742 081 oder 18,1 Prozent der Stimmen, im Reich 13,8 Proz. Es ist hierbei aber zu beachten, daß dem Zentrum auch die Stimmen der Christlichen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei mit 4,8 Proz. der gültigen Stimmen zuzurechnen wären, so daß dann insgesamt für das Reich 18,4 Proz. herauskommen. Eine wesentlich größere Differenz findet sich bei der Deutschen demokratischen Partei. Sie hat in Preußen 1 079 482 oder 7,1 Proz. im Reich dagegen 8,5 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigt.

Rechnen wir die Stimmen der ehemaligen Koalitionsparteien zusammen, so ergibt sich, daß sie (d. h. Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrum) im Reich 48,5 Proz. in Preußen dagegen nur 40,6 Proz. der abgegebenen gültigen Stimmen erzielt haben.

Beim Vergleich ist ferner, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen mehr Stimmen aufgebracht hat als die Deutschnationale Volkspartei, während umgekehrt die letztere im Reich einen Vorsprung gegenüber der Deutschen Volkspartei hat. Die Deutsche Volkspartei erzielte im Reich 3 090 318 Stimmen oder 20,9 Prozent, in Preußen 2 250 859 Stimmen oder 14,8 Proz. der abgegebenen Stimmen; die Deutschnationale Volkspartei dagegen hatte in Preußen 2 145 004 oder 14,1 Proz. der Reichsstimmen.

Die letzten Koalitionsparteien, Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei, haben am 6. Juni im preußischen Gebiet genau 40 Proz. der Stimmen erhalten, während sie im Reichsgebiet 40,5 Proz. erzielt hatten.

### Arbeiter in der Universität

Angelehnt der tendenziösen Darstellung, die der „Lokalanzeiger“ von dem Vortragabend der „Vereinigung der sozialistischen Studenten Groß-Berlins“ gibt, bei dem Professor Dr. Nicolai und Genosse Ledebaur Montag in der Universität sprachen, stellen wir noch folgendes über die Vorgeschichte dieser Veranstaltung fest: Mittwoch hatte der Rektor die Bewilligung zur Benutzung eines Hörsaals für den genannten Vortrag gegeben. Montag in der Nacht ließ der Rektor den Vorsitzenden der Vereinigung der sozialistischen Studenten Groß-Berlins, Genossen stud. phil. Kurt Hartwig, zu sich rufen, teilte ihm mit, daß „gewisse Kreise“ der Studentenchaft weitgehende Wünsche für den Vortrag geäußert hätten. Er müsse daher den Vortrag verbieten oder es dürften nur die Mitglieder der Vereinigung und die Gäste, die bereits Karten hätten, eingelassen werden. Eine weitere Kartenausgabe unterlagte er. Demgemäß wurde von dem Vizepräsidenten der Universität und Mitgliedern der Vereinigung amends an den Eingängen der Universität Kontrolle geübt. Es kamen nun aber abends eine große Anzahl von Arbeitern und Leuten aus anderen Kreisen der Bevölkerung, die keine Eintrittskarten hatten und förmlich Einlass begehrten. Genosse Hartwig sprach zu der Menge und bewog sie dazu, vor den Toren in Ruhe zu warten, bis Genosse Ledebaur käme und dann mit diesem in den Pflanzgarten zu gehen. Da verlangte der Rektor förmlich den Vorhänden, Genossen Hartwig zu sprechen und während dieser im Gespräch mit dem Rektor war, auch die Menge mit Gewalt in den Universitätsgarten und führte gegen den Vorfall 33 Genosse Hartwig gelang es, die Menge zu ruhigem Verhalten zu veranlassen, und öffnete dann eine Eingangstür, um zu verhindern, daß sie eingedrückt werde. Er versuchte nun am Eingang Karten abzuverlangen, doch wurde ihm das durch das Nachdrängen der Menge unmöglich gemacht. Die Schuld an diesen Vorfällen trifft den Rektor, 1. weil er die Ausgabe von Karten überhaupt untersagt und dadurch die geordnete Abwicklung und die Abweisung der Ueberzähligen unmöglich machte, 2. weil er, obwohl ihm der Vortrag fünf Tage vorher ordnungsgemäß angezeigt worden war, seine Verfügung im letzten Augenblick, sechs Stunden vor Beginn der Veranstaltung traf und daher weitgehende Maßnahmen zu ergreifen dem Vorstand der Vereinigung unmöglich war, 3. weil er den Vortragenden Genossen Hartwig unbedingt zu sprechen verlangte, und ihm dadurch im entscheidenden Augenblick den Einfluß auf die Menge benahm. Trotzdem verliefen die Vorträge vollkommen ruhig, und in der Diskussion sprachen zwei deutschnationale Studenten, die beide, trotzdem sie nur persönliche Angriffe gegen Professor Nicolai richteten, zu Ende angeführt wurden. Es ist also eine Lüge, wenn der „Lokalanzeiger“ von „Lärmstößen“ in der Versammlung spricht. Lärmstößen wurden lediglich im Pflanzgarten der Universität von den deutschnationalen Studenten hervorgerufen. Oder meint der „Lokalanzeiger“ den Vorfall, daß ein Mitglied der Einwohnerwehr offenbar von den deutschnationalen Studenten bestellt, eine Stinkbombe in die Versammlung warf? Doch ergibt sich ja der Wert der Kritik des „Lokalanzeigers“ aus der Tatsache, daß er sogar die rote Farbe der Plakate beanstandete.

Es lag also durchaus kein Mißbrauch des Vertrauens des Rektors durch die einberufene Versammlung vor. Denn es ist erlaubt, daß die Studenten zu ihren Versammlungen Gäste mitbringen und die übergrößen Mehrheit der Versammlungsteilnehmer war ohne Karten eingedrungen. Daran ist, wie schon gesagt, der Rektor schuld, dem es auch unmöglich war, angesichts des Andranges sein dem Vorsitzenden gegebenes Versprechen, die deutschnationalen Studenten vom Eindringen in den Saal abzuhalten, durchzuführen. Für den Massenbesuch der Versammlung sind die sozialistischen Studenten in keiner Weise verantwortlich zu machen, sondern im Gegenteil der Rektor, welcher durch die bekannte Provokation der Affäre Nicolai weite Kreise der Berliner Bevölkerung für diesen Vortrag interessiert hatte.

### Übungen im Straßenkampf

In welcher ungenetischer Weise die militärische Sippe die Bevölkerung provoziert, geht aus folgender kleinen Anfrage hervor, die die Genossen Soldmann und Unterleitner im Reichstag eingebracht haben:

Die in Passau garnisonierende Reichswehr hat am Donnerstag, den 1. Juli 1920, inmitten der Stadt auf einer zum Bahnhof führenden Straße eine Übung im Straßenkampf abgehalten. Dabei trat Infanterie mit aufgezäumtem Bajonett in Aktion; desgleichen wurden leichte und schwere Maschinen- sowie leichte und schwere Geschütze verwendet.

Die Bevölkerung Passaus geriet wegen dieser provozierenden Veranstaltung in große Erregung. Auf welche Anordnung werden solche Übungen unternommen und was bedeutet die Reichsregierung zu tun, daß Provokationen solcher Art künftig sich nicht wiederholen?

Es liegt System in diesem Vorgehen der Reichswehr. Ist es doch auch an anderen Orten zu ähnlichen Vorfällen gekommen. Wir verlangen vom Reichswehrminister, daß nicht nur sofort die Schuldigen ermittelt, sondern unverzüglich aus der Reichswehr entfernt werden, soll nicht Schlimmeres sich ereignen. Die Reichsregierung trägt die volle Verantwortung für alle Konsequenzen, die sich aus solchen und ähnlichen militärischen Provokationsversuchen ergeben könnten.

### Die Ursachen der Kartoffelnot

In verschiedenen Stadtteilen Berlins haben in den letzten Tagen Kundgebungen der Frauen gegen die hohen Kartoffelpreise stattgefunden. Sie bringen die Erbitterung der Bevölkerung über die Tatsache zum Ausdruck, daß gegenwärtig nur sogenannte ausländische Kartoffeln zum Preise von etwa 1,75 M. zu kaufen sind. Mit Recht ist die Bevölkerung darüber erbittert.

Es mag dahingestellt bleiben, ob in jedem einzelnen Fall die Händler die von ihnen feilgebotenen Kartoffeln zu Unrecht als ausländische verkaufen, um dadurch die hohen Preise zu erzielen. Es ist aber in hohem Maße auffällig, daß gegenwärtig trotz der überaus günstigen Witterung und guter Ernteausichten jetzt — Mitte Juli — inländische Kartoffeln nur in so geringem Umfang auf dem Markte erscheinen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dafür die Zurückhaltung der Landwirte mit ihren Kartoffeln wegen der ihnen ungenügend erscheinenden Preise die Ursache ist. Nachdem das Reichsernährungsministerium durch seine frivole Preispolitik den Erzeugerpreis für Herbstkartoffeln auf mehr als 30 M. festgesetzt hat, ist den Landwirten der Erzeugerpreis für die Herbstkartoffeln, der 32—35 M. beträgt, zu gering und sie halten ihre Ware zurück, besonders, da der Magistrat den Kleinhandelshöchstpreis auf 50 Pf. pro Pfund festgesetzt hat.

Die Kartoffelnot der Städte, die gegenwärtig alle Gegenden des Reiches heimsucht, zeigt also erneut, wie fahrlässig die Regierung mit den Interessen der Verbraucher spielt, und wie sie die Interessen der Gesamtheit den Interessen der Erzeuger unterordnet. Immer härter wächst deshalb die Erbitterung der Bevölkerung dagegen. Trotzdem müssen wir die Massen warnen, ihre Erbitterung dagegen an den äußeren Erscheinungen auszulassen, anstatt sie gegen die Ursachen dieser Dinge zu richten. Durch politische Aufklärung muß der Regierung der Denzettel für ihre Handlungsweise ausgestellt werden.

### Wofür Zucker da ist

Die deutsche Bevölkerung leidet unter einer schweren Zukernot. Die kümmerliche Ration von 1 1/2 Pfund pro Monat die ihr bis vor kurzem zu teil wurde, ist herabgesetzt worden auf ein Quantum, das nicht viel mehr als 1 Pfund beträgt. Das aber dennoch reichlich Zukerbestände vorhanden sein müssen, geht daraus hervor, daß die Verwaltungsstelle des Spiritusmonopols den Bren-

neren Zucker zum Preise von 12 Mark das Pfund anbietet. Für den Zukerkonsum der oberen Zehntausend, die 100 und 150 Mark für eine Pfunde Zuker zahlen können, ist also Zuker in Mengen vorhanden. Dieser Standbelichtet nicht minder die Unfähigkeit unserer Reichswirtschaftskreise, als auch die bereits von uns festgestellte Tatsache, daß trotz der Regierung den Wünschen der Zukerindustriellen auf weitgehende Lockerung der Zukerzuzugswirtschaft nachzukommen bereit ist.

### Die Folgen der mangelnden Ernährung

#### Rückgang der Kohlenherzeugung

Die gewaltig gestiegenen Preise der Lebensmittel, sowie die ungenügende Versorgung der Bergarbeiter und die schlechte Beschaffenheit des Brotes äußern bereits ihre, die Gesamtheit des deutschen Volkes schädigenden, Wirkungen. Wie den „B. N. N.“ aus Eilen berichtet wird, haben die Leistungen der Bergarbeiter infolge dieser Umstände wesentlich nachgelassen und das Verhalten von Ueberzähligen ist in starkem Rückgang begriffen. Die Förderungszahl mit Einschluß des hiesigen Reichs-Kreises sind folgende:

1. Juli	290 831	Tonnen, davon linksrheinisch	11 197
2. "	295 044	"	11 443
3. "	255 135	"	10 657
4. "	265 802	"	12 375
5. "	305 755	"	12 140
6. "	248 759	"	10 732
7. "	297 881	"	12 535

Dieser Rückgang der Kohlenherzeugung zeigt, wie kurzfristig die Politik der Regierung ist, die unter völliger Aushorchung der Forderungen der Arbeiter dem Absterbungsstreik der Landwirte tatenlos zuseht, dafür ihnen aber für ihre Erzeugnisse immer höhere Preise gewährt.

### Die Nimmersatten

Die großindustriellen Interessenten Dr. Hugenberg und Dr. Reichert verlangen in einer kleinen Anfrage im Reichstag die Aufhebung der am 10. Mai 1920 in Kraft getretenen Verordnung über eine soziale Ausfuhrabgabe. Lange hatte die deutsche Regierung zugehört, wie Deutschland ausverkauft wurde infolge des niedrigen deutschen Valutastandes. Nichts unternahm sie, um den Valutapetulant in Industrie und Handel das Handwerk zu legen und zu verhindern, daß Deutschland immer weiter von Rohstoffen und Fabrikaten entblößt wurde. Milliarden über Milliarden sind in den deutschen Produktions- und Lieferern in die Hände gefallen. Und nun, nachdem endlich vom deutschen Export eine kleine Abgabe erhoben wird, laufen die Großindustriellen Sturm dagegen und reden über eine schwere Schädigung der deutschen Industrie. Sie drohen mit Betreibereinstellung für den Fall der Beibehaltung der Ausfuhrabgabe, deren Ertrag zur Verbesserung der deutschen Lebensmittelmittel aus dem Ausland gedacht war. Angesichts dieser unerträglichen Prostitution erweist sich immer mehr, wie notwendig zum Schutze der Allgemeinheit vor kapitalistischer Ausbeutung die Sozialisierung besonders der Großindustrie ist.

### Ungarn als Prellbock

St. Paris, 13. Juli.

In der „Humanité“ bespricht Grumbach einen Artikel einer österreichischen Zeitung über die monarchistischen Bestrebungen in Ungarn. In dem Artikel wird gesagt, daß Italien sich mit Frankreich über die Möglichkeiten in Ungarn verständigt habe. Österreich soll bereits zugehalten haben, daß die Habsburger nach Ungarn zurückkehren können, wenn Ungarn mit Rumänien und Polen für lange Zeit eine Militärentonvention eingetht.

Es wäre zur Feststellung des Tatbestandes notwendig, den Artikel der österreichischen Zeitung im Original zu kennen. Die Möglichkeit liegt aber vor, daß Frankreich es Ungarn gestattet, wieder zur monarchistischen Staatsform zurückzuführen, wenn es sich als Prellbock gegen Sowjetrußland gebrauchen läßt. Denn nur diesem Zwecke soll die Militärentonvention zwischen Ungarn und Rumänien dienen. Das Horsthungarn wird sich dieser Aufgabe natürlich gerne widmen, vorausgesetzt, daß die Gegenseite zwischen Ungarn und Rumänien einen günstigen Ausgleich finden. Denn das wäre die Voraussetzung einer militärischen Konvention.

### Ein Attentat auf Hindenburg?

Hannover, 13. Juli.

Der „Hannoversche Kurier“ meldet: Gestern abend gegen sieben einhalb Uhr drang ein zwanzigjähriger junger Mann in die Wohnung des Feldmarschalls v. Hindenburg ein. Als der Feldmarschall seinen Diener rufen wollte, entspann sich zwischen ihm und dem Eindringling ein längeres harinadiges Ringen. Dabei zog der Eindringling plötzlich einen Browning und schoß ihn auf den Feldmarschall ab. Die Kugel ging vorbei. Dem Verbrecher glückte es schließlich, sich loszureißen und unerkannt zu entkommen. Offenbar handelt es sich um das Mitglied einer Bande, die einen Einbruch in die Villa Hindenburgs geplant hatte, für den der Eindringling die Gelegenheit auszunutzen sollte.

### Politische Unruhen in China

London, 13. Juli.

Der Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges in China ist auf Streikigkeiten unter der Generalsität zurückzuführen. Der General Wu Peifu, ist vom Präsidenten und dem Oberkommandierenden Marschall Juan Chingou verabschiedet worden, da er aus politischen Gründen nicht gegen die südhinesischen Truppen kämpfen wollte. Mehrere andere Generale sind auf der Seite Wu-Peifus und führen 70 000 Mann gegen Peking, während die Peking Regierung nur etwa 32 000 Mann zur Verfügung hat. Man befürchtet, daß es trotz des Einspruches der Bolschewiken der Großmächte zu einem Bombardement der Stadt kommen wird. Ueber Peking sowie über Rußland wurde der Kriegszustand verhängt.

Tätlicher Angriff auf einen deutschen Pressevertreter in Suan. Der Vertreter des Wolff-Bureaus Stollhoff, ist auf dem Wege zu seinem Quartier, von einem belgischen Offizier und einem Zivilisten tätlich angegriffen worden. In Verbindung mit diesem Zwischenfall hat Reichsminister Dr. Simons heute vormittag an den Generalsekretär der Konferenz eine Note gerichtet, in der er die belgische Regierung bittet, ihrerseits den Sachverhalt feststellen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Der Generalsekretär der Konferenz hat sofort an den Minister des Reiches in Brüssel berichtet und im voraus sein Bedauern über den Zwischenfall ausgesprochen, der womöglich noch im Laufe des heutigen Tages erledigt werden würde.

Die Sicherheitswehr im besetzten Gebiet. Die interalliierte Rheinlandkommission hat entschieden, daß die Anwerbung für die Sicherheitspolizei durch Plakate oder Anzeigen in den Zeitungen im besetzten Gebiet verboten ist, insobald auch die Veröffentlichung solcher Anzeigen.

Beendigung der Internationalen Seemannskonferenz. Die Internationale Seemannskonferenz ist am 11. Juli geschlossen worden. Vor ihrem Auseinandergehen nahm sie noch eine Beschlusse an, wonach die Mindestgrenze für die Anwerbung von Seeleuten auf das vierzehnte Lebensjahr festgelegt wird.

# Eine Mordtat der Zeitfreiwilligen

## Das Kameraderengericht entscheidet

Während der Kapitulation haben sich allerorts die Zeitfreiwilligen durch besondere Korbhatsakte hervorgetan. Auch in Berlin haben sie eine ganze Anzahl Verbrechen verübt. Natürlich findet sich nur in den wenigsten Fällen ein Gericht, das bereit ist, die Schandtat zu sühnen. Und wenn schon eine Gerichtsverhandlung nicht zu umgehen ist, dann liegt die Untersuchung und der Urteilsspruch in den Händen der Militärgerichtsbarkeit und wir erleben dann immer das für den Stand unserer Rechtspflege so wunderbare Schauspiel, daß die militärischen Verbrechen formal gerechtfertigt aus dem gegen sie angestrigelten Verfahren hervorgehen.

Nach der Prozedur, die am Montag vor dem Gericht der Reichswehrbrigade 3 gegen den Zeitfreiwilligen Paul Schütz stattfand, zeigte wiederum, wie notwendig die Befreiung der Militärjustiz geworden ist. Diese ist ganz einfach nicht in der Lage, die einfachsten Rechtsgrundsätze durchzuführen. Der Angeklagte, ein Regimentsbauaufseher, war während der Kapitulation Führer einer Zeitfreiwilligenkompanie in Groß-Lichterfelde, die ihr Quartier in der Kadettenanstalt aufgeschlagen hatte. Dort wurde nachts ein Geisteskranker als angeblicher Schwerverbrecher eingeliefert und dieser unglückliche Mann wurde von jenen Helden, die sich anmaßten, für „Ruhe und Ordnung zu sorgen, in der bestialischnen Weise mißhandelt und schließlich durch den Angeklagten totgeschossen. Die Tatumschuld ergab ohne weiteres einen vollendeten Mord. Trotzdem lautete die Anklage nur auf Totschlag, der Täter blieb auf freiem Fuße und vor Gericht konnten seine Mithelfer, die sich teilweise sogar mitschuldig an dem Verbrechen gemacht hatten, als Entlastungszeugen auftreten.

Daß sich die Militärjustiz überhaupt mit diesem Fall beschäftigte, ist ein glatter Rechtsbruch. Denn Schütz gehörte als Zeitfreiwilliger nicht zur Wehrmacht, sein Verbrechen kann daher nur durch ein Zivilgericht gesühnt werden. Will der Justizminister noch länger zusehen, daß in Deutschland Verbrecher, wenn sie sich zufällig eine Uniform anziehen und Offizier sind, ihrem rechtmäßigen Richter entzogen werden? Darauf gibt es nach dem Gesetz bekanntlich Zuchthausstrafe!

Der Prozeßbericht, den wir weiter unten veröffentlichen, enthält ein abscheuliches Bild menschlicher Korbheit und Verkommenheit. Die Beweisaufnahme hat ganz einwandfrei ergeben, daß der Geisteskranker ermordet worden ist. Trotzdem wagte der Anklagevertreter gegen den verurteilten Verbrecher eine Gefängnisstrafe von sage und schreibe einem Jahr zu beantragen. Man bedenke: für einen Mord ein Jahr Gefängnis, während in Bonn zwei jugendliche Arbeiter zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, weil sie das Denkmal irgend eines Hohenzollern mit roter Farbe bespitzelt hatten.

Das Urteil wurde noch nicht gesprochen, weil das Gericht vorerst noch ein paar Sachverständige vernahmen will. Wir verlangen, daß das ganze Verfahren dem Militärgericht entzogen wird und vor ein ordentliches Gericht kommt. Die Anklage muß auf alle an dem Verbrechen beteiligten Personen ausgeheftet werden. Vor allem gehören auch die Richter vor das Gericht, die den Ermordeten in unmenschlicher Weise gemißhandelt haben.

### Der Verhandlungsbericht

Vor dem Militärgericht der Reichswehrbrigade 3 fand am letzten Montag der Regierungsbaumeister Paul Schütz unter der Anklage der vorliegenden Lösung. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Am Abend des 24. März wurde der geisteskranke Lokomotivführer Weigelt aus der Alvenslebenstr. 11a in der Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde von Angehörigen des Zeitfreiwilligen-Schützregiments Groß-Berlin nach schweren körperlichen Misshandlungen erschossen.

Der Angeklagte Schütz gab folgende Darstellung über den Vorgang: Nach dem Rapp-Busch hatte das Schützregiment in Groß-Berlin den Auftrag erhalten, bei der Herstellung der Ruhe und Ordnung mitzuwirken. Der Angeklagte war Kompanieführer einer aus 150 Herren bestehenden Truppe, die hauptsächlich aus ehemaligen Offizieren zusammengeleitet war. Am Abend des 24. März wurde ihm Weigelt zur Vernehmung überbracht. Hauptmann Beech, der Führer der Patrouille, gab in seiner Meldung an, daß der Arrestant am Eingang zur Kadettenanstalt ergriffen worden sei, als er gewaltsam in die Anstalt eindringen wollte. Da er sich dann seiner Verhaftung widersetze, sei er von Hauptmann Beech zeitlich auf dem Hof mit einem dem Arrestanten gebörenden Gummiknüppel niedergeschlagen worden.

Da sich der Arrestant weigerte, Auskunft über seine Person zu geben und auch eine sehr bedrohliche Haltung einnahm, habe er ihn mehrmals darauf aufmerksam gemacht, daß er unter Kriegsgesetz stehe und beim ersten Mißversuch erschossen werden würde. Er habe ihn dann ins Nebenzimmer bringen lassen, da dieses Zimmer keinen besonderen Ausgang hatte. Weigelt widersetzte sich abermals, indem er mit kurzem Auf die Begleitmannschaften, die ihn an den Händen gefesselt hatten, zu Boden warf. Von den noch im Zimmer anwesenden Herren hätte der Leutnant Niehlert dem Arrestanten den Weg versperrt. Bei dieser Gelegenheit gab Leutnant Hansleben in der Richtung der Tür Feuer, um den Arrestanten kampfunfähig zu machen. Durch den Schuß, der den Arrestanten in den Rücken traf, sei dessen Kampfkraft aber noch erhöht worden. Er habe den Leutnant Niehlert an der Gurgel gepackt, jedoch dessen Leben bedroht war. Mit der linken Hand habe der Arrestant dann versucht, den Revolver des Angeklagten, den er vorher abgelegt hatte, zu fassen, jedoch sei der Angeklagte dem Arrestanten zuvorgekommen und er habe dann, um die Kampfunfähigkeit des Arrestanten herbeizuführen, über den Leutnant Niehlert hinweg zwei Schüsse auf ihn abgegeben. Der Angeklagte betonte, daß es sich nach seiner Auffassung um einen Schwerverbrecher handelte, der den Offizieren nach dem Leben trachtete.

Er sei deshalb verpflichtet gewesen, die Kampfunfähigkeit des Verbrechers herbeizuführen, um das Leben der ihm unterstellten Offiziere zu sichern. Er sei dazu um so mehr verpflichtet gewesen, als wenige Tage vorher durch die schlappe Haltung des Kommandeurs des Schöneberger Kasernes sechszehn Offiziere von der Masse ermordet worden seien. (Eine Lüge! Die Kadetten.) Er betonte ferner, daß er in einer ähnlichen Situation genau wieder so handeln würde.

Der Vorsitzende stellte fest, daß in dem Zimmer circa 8 bis 10 bewaffnete Herren anwesend waren und fragte den Angeklagten, ob denn in dieser Situation keine andere Maßnahme bestand, den Arrestanten, der doch nur ein armer Geisteskranker gewesen sei, kampfunfähig zu machen. Der Angeklagte redet sich

damit heraus, es hätte sich alles so sekundenschnell vollzogen, daß zur Überlegung gar keine Zeit war.

Als erste Zeugin wurde die Frau des Ermordeten vernommen. Sie bezeugte, daß ihr Mann infolge eines Berufsunfalls, den er als Lokomotivführer erlitten hatte, geisteskrank war. Er bekam des öfteren epileptische Anfälle, und war dann unzurechnungsfähig. Sonst aber war er ein herzergutiger, ruhiger Mann. Er war sehr patriotisch gesinnt und lebte in der Wahrnehmung, daß Deutschland den Krieg nur verlieren hätte, weil er selbst nicht mit dabei gewesen sei. Am 24. März ist er in ihrer Abwesenheit in einem Anfall von geistiger Umnachtung auf sein Fahrrad gestiegen, nachdem er vorher zu seinem Kinde in militärischer Haltung die Meldung gemacht hatte, daß er jetzt in den Schützengraben ziehe. In diesem Zustand ist er dann nach der Kadettenanstalt Groß-Lichterfelde gefahren. Die Zeugin gibt dann weiter an, daß ihr Mann

höpferlich sehr schwach gewesen ist

und daß er besonders im linken Arm gar keine Gewalt hatte, da derselbe ausgereizt war. Unter Tränen erklärte die Zeugin, daß sie seit davon überzeugt sei, daß ihr Mann das unschuldige Opfer gemeiner Mörder geworden sei.

Auch der Zeuge Kabe, der Pfleger des Ermordeten Weigelt war, bezeugt, daß Weigelt ein schwächlicher Mensch gewesen sei.

Hierauf folgt die Vernehmung der an der Sache beteiligten Zeitfreiwilligen. Es sind dies Herr Hauptmann Beech, Leutnant Niehlert, Leutnant Haasleben, Rittmeister Kemy, Leutnant Janzon. Hauptmann Beech bezeugt, er sei an dem Tage wachhabender Offizier gewesen, und hätte die erste Vernehmung des Arrestanten führen wollen. Bereits auf dem Hof hätte sich dieser seiner Abführung widersetzt und hätte die begleitenden Wachmannschaften zu Boden geworfen. (?) Beech habe

## Um unser Ziel,

die Verwirklichung des sozialistischen Gedankens, zu erreichen und damit die Herrschaft des Kapitalismus in Politik und Wirtschaft zu brechen, ist es nötig, das Proletariat durch eingehende Aufklärung für den Klassenkampf zu schulen. In ständiger Arbeit die Massen für den Sozialismus zu erziehen und sie zu Mithämpfern heranzubilden, das ist die Aufgabe der „Freiheit“. Deshalb muß jeder Parteigenosse nicht nur die „Freiheit“ lesen und neue Leser werden, sondern auch durch den

## Beitritt zur Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und Zeichnung von Anteilscheinen

die Mittel zur Erfüllung unserer großen Aufgabe liefern.

## Parteigenossen, benutzt den heutigen Zahlabend, sorgt dafür, daß alle Mitglieder der Partei, auch Mitglieder der Verlagsgenossenschaft werden.

dem Arrestanten, der gleichfalls am Boden lag, mit einem Gummiknüppel übers Gesicht geschlagen, um ihn „kampfunfähig“ zu machen. Da er sich weigerte, seinen Namen zu nennen, ließ er den Weigelt dann zum Kompanieführer bringen.

Der Zeuge Reichswehrsoldat Delessen, hat den Arrestanten mit einigen anderen zu den Angeklagten herausgeführt. Er gibt an, daß Weigelt gesagt hat:

Bester Herr Offizier, lassen Sie mich doch leben, ich bin geisteskrank.

Der Angeklagte bestritt, diese Worte gehört zu haben. Leutnant Niehlert und Leutnant Hansleben bestätigten die Aussagen des Angeklagten Hansleben gibt an, daß er auf Weigelt während des Ringens mit Niehlert geschossen habe, um ihn „kampfunfähig“ zu machen. Er habe ihn in den Rücken getroffen. Jedoch hätte dieser mit „verstärkter Kraft weiter gekämpft“. Die Frage des Vorsitzenden, warum er denn geschossen hätte und nicht die im Zimmer anwesenden acht Herren aufgefordert hätte, dem Niehlert zu helfen, wies der Zeuge nicht zu beantworten.

Der Zeuge Oberkriminalwachmeister Otto Bork hatte in amtlicher Eigenschaft den Tatbestand aufgenommen. Im Gegensatz zu den Beteiligten behauptet er mit aller Entschiedenheit, daß der Erschossene die Schüsse nicht in kehrender Haltung empfangen haben kann. Die Schüsse seien von oben durch die Schützengraben eingedrungen und am Halswirbel herangekommen. Auch die Blutspitzer, die in der Höhe von 40 bis 70 Zentimeter an der Wand festgestellt wurden, sind für ihn als langjähriger Praktiker der Beweis, daß Weigelt in halbgebogener Stellung beim Empfang der Schüsse gewesen sein muß. Auch sei es nach seinen Feststellungen unmöglich, daß Weigelt sich stark gewehrt haben könne, da er

bereits völlig zusammengehauen

war. Unter anderen ist Weigelt mit einem Stuhl derartig mißhandelt worden, daß der Stuhl vollständig zertrümmert war. Weiter bezeugt der Zeuge, daß es in den fraglichen Tagen in Groß-Lichterfelde völlig ruhig gewesen sei, so daß die Polizei keinerlei Veranlassung zum Einschreiten gefunden habe. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, daß er nicht wisse, warum die Zeitfreiwilligen die Hauptkadettenanstalt besetzt hatten.

Der Anklagevertreter bemerkt zu den Neußerungen des Zeugen Bork, daß das ja seine Zeugnisaussagen seien, sondern ein Sachverständigen-Gutachten.

Der Zeuge Bräuer ist Wärter in der Kadettenanstalt Lichterfelde. Er hat gesehen, daß Weigelt zur Vernehmung zum Angeklagten Leutnant Schütz herausgetragen wurde. Er sei bereits sehr mißhandelt worden, so daß er nicht mehr in der Lage war, selbst zu gehen. Er habe das als eine große Korbheit empfunden. Nach den Aussagen dieses Zeugen ist es unmöglich, daß Weigelt im Zimmer des Angeklagten Schütz eine „Kampfstellung“ eingenommen haben kann.

Kriminaloberwachmeister Friedrich ist Vorsitzender vom Kriegerverein, deren eifriges langjähriges Mitglied der Ermordete war. Auch er bezeugt, daß Weigelt ein ruhiger, sehr patriotisch gesinnter Mensch war.

Nach Schluß der Vernehmung kommt der Anklagevertreter nach einem kurzen Plaidoyer zu dem Schluß, daß der Totschlagsparagraf 212 des Militärstrafgesetzbuches Anwendung finden müsse. Dem Angeklagten seien jedoch in Anbetracht der schwierigen Situation, in der er sich befunden haben, mildernde Umstände zuzubilligen; er beantrage daher den Angeklagten mit

einem Jahr Gefängnis zu bestrafen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Johann, plaidierte auf Freisprechung, da der Angeklagte in schwerer Zeit sich hervorragende Verdienste bei den Schütz der Berliner Bevölkerung erworben habe.

Nach eingehendiger Beratung des Gerichts verurteilte der Vorsitzende, daß es für die Entscheidung des Gerichts von ausschlaggebender Bedeutung ist, in welcher Stellung sich der Erschossene im Augenblick der Abgabe des Schusses befunden habe. Es müßten deshalb über diese Frage zwei Sachverständige gehört werden. Die Verhandlung wurde aus diesem Grunde vorläufig vertagt.

## Mordprozeß Schumann

Die gestrige Verhandlung wurde zunächst ausgefüllt mit dem Anhören der Sachverständigen. Universitätsprofessor Dr. Piepmann, Professor Dr. Strahmann, Dr. Stoermer gaben in eingehender Weise ihr Gutachten ab.

Piepmann konnte zu einer endgültigenklärung über das Wesen und den Charakter Schumanns nicht kommen, dazu sei die Zeit der Beobachtung zu kurz gewesen.

Strahmann hält den Angeklagten für keinen normalen Menschen, aber von Geisteskrankheit könne keine Rede sein. Das Vorliegen des § 51 müßte er vernennen.

Stoermer hält Schumann für einen Degenerierten mit Anfängen epileptischen Charakters.

Lebhaft äußert sich auch der Sachverständige Piepmann. Den Geschworenen werden 41 Fragen vorgelegt, umfassend 7 wegen Mordes, wegen versuchten Mordes, 2 wegen Brandstiftung u. a.

Hierauf begannen die Plaidoyers des Staatsanwalts, dem Rechtsanwalt Dr. Frey in längeren Ausführungen entgegenzusetzen. Die Zahl der den Geschworenen vorgelegten Fragen nach mildernden Umständen vermehrte sich auf 61.

### Das Urteil

Die Geschworenen erklärten den Angeklagten schuldig in 6 Fällen, der Mordbrennerei in einem Fall, des Notzuchtsverstoßes in 4 Fällen, des Mordversuchs in einem Fall, des schweren Diebstahls in einem Fall, des einfachen Diebstahls in 3 Fällen, der Unterschlagung in 2 Fällen.

Der Angeklagte nahm den Spruch der Geschworenen kühlend entgegen und erklärte, nichts mehr zu sagen zu haben.

Das Gericht erkannte wegen der 6 Fälle des Mordes auf Todesstrafe für jeden einzelnen Fall,

wegen der Mordbrennerei auf lebenslängliches Zuchthaus, in den übrigen Schlußfällen sind die einzelnen Strafen auf 15 Jahre Zuchthaus zusammengezogen. Im übrigen wurde auf Freisprechung erkannt. Außerdem wurde gegen den Angeklagten dauernder Ehrverlust ausgesprochen.

Der Angeklagte ließ sich ruhig abführen. Die Schwurgerichtstagung war hiermit beendet.

## Wo sind die Waffenlager?

Reichswehrminister Gehler und General v. Seeck haben auf der Konferenz in Spaa verabschiedet, die Kennerung wisse nicht, auf welche Weise die Bevölkerung in den Besitz der Waffen gelangt sei. Unschönend sei dies bei dem überstürzten Rückzug im Herbst 1918 geschehen. In diesen Auslassungen lag eine große Verletzung der Öffentlichkeit. Denn Gehler und v. Seeck wissen genau, wo die versteckten Waffen lagen, es kann ihnen vor allem auch nicht entgangen sein, daß die Waffenschiebungen seit Monaten von Reichswehrlisten planmäßig betrieben werden, um eine gegenrevolutionäre Hilfsstruppe zu schaffen. Vielleicht geben uns Gehler und Seeck, die es in Spaa so barsch stellen, als ob nur spärliche Elemente Waffen versteckt hätten, Auskunft darüber, wer folgende Waffen auf das Gut des Untermannes in Wiesenburg verpackt hat:

Ein leichtes und ein schweres M-G,  
1406 Schuß S. M. K.-Munition,  
19 M-G-Gurte,  
54 Handgranaten,  
3 Leuchtpistolen,  
30 Stück Leuchttugeln.

Diese Waffen und die Munitionsmengen wurden vorige Woche in der Scheune des Gutshofes unter dem Strohdach versteckt gefunden. Auf den anderen Gütern in der Umgebung Wiesenburgs lagern noch mehr Waffen. Fernerhin steht fest, daß vor einiger Zeit etwa 1000 Gewehre nach Wiesenburg gebracht worden sind. Die Waffen kommen vom Truppenübungsplatz Jüterbog. Gendarm und Ortsortsführer lehnen es ab, bei verdächtigen Personen Hausdurchsuchungen vorzunehmen. So können sich die gegenrevolutionäre bei voller Straflosigkeit ihre Waffenlager anlegen. Die Arbeiter aber werden, wenn sie sich des gleichen Vergehens schuldig machen, mit Zuchthaus bestraft.

## Die Umbildung der Sicherheitspolizei

Minister Seeck hat einem Pressevertreter eine Erklärung darüber gegeben, wie die Entmilitarisierung der Sicherheitspolizei durchgeführt werden soll. Die Umformung soll für Preußen sofort beginnen. Es ist nicht beabsichtigt, die bisherigen Mannschaften zu entlassen. Sie werden vielmehr in die Ordnungspolizei hineingenommen, da uns die Entente ja zugesprochen hat, diese um 70000 Mann zu erhöhen. Die Bewaffnung der Polizei wird künftighin aus Säbel und Pistole bestehen, daneben soll jeder dritte Mann einen Karabiner erhalten. Die Großkampfwaffen, wie Minenwerfer, Tanks, Flugzeuge, Panzerwagen, sollen restlos abgegeben werden. Die militärischen Rangordnungen gleichlaufenden Ranges bezeichnungen und Abzeichen sollen fortfallen und statt dessen Umkleibezeichnungen in der Art der alten Polizei an ihre Stelle treten. Die bisherigen Aufstellungsstellen werden in fünf Abteilungen der Oberpräsidenten bzw. der Polizeipräsidenten. Auch die sogenannten technischen Hundertschaften sollen aufgelöst und in andere Hundertschaften eingegliedert werden. Eine endgültige Regelung der Angelegenheit ist freilich erst dann möglich, wenn die Auffassung der Entente bekannt geworden ist. Die Entwaffnungsnoten, die an Deutschland gerichtet worden sind, haben ein völlig klares Bild von den Wünschen der Entente ergeben und auch in Spaa ist die Frage der Sicherheitspolizei nur ganz allgemein gestreift worden.

Die Teichener Frage. Der Oberste Rat hat sich über die Teichener Frage dahingehend geeinigt, wegen der Rücksicht auf die Schwierigkeiten, denen das Bleditzitz bezeugt, die polnische Konferenz mit dem Mandat zu betrauen, die Grenzlinie zwischen der Tschecho-Slowakei und Polen im Teichener und Ziper Gebiete zu bestimmen. Die Vorkonferenz wurde aufgelöst, zu diesem Zwecke beide beteiligten Parteien anzuhören und die Frage in möglichst kürzester Zeit zu lösen. Die Durchführung wurde der polnischen und der tschecho-slowakischen Regierung mitgeteilt, welche sich verpflichtet, sich dem Beschlusse der Räte loyal zu unterwerfen.

Der Rücktransport deutscher Kriegsgefangener, geht, wie Herr B. N. erfahren, nach der Meldung des deutschen Vertreters in Moskau, regelmäßig vor sich. Die Sowjetbehörden zeigen bei der Durchführung des Gefangenen-austausches in jeder Hinsicht entgegenkommen.

Sommer-Theater „Schweizer Garten“, Am Friedrichshain 29-32

Dir. W. Herrmann :: Täglich Konzert, Theater, Spezialitäten

Jeden Mittwoch: Großes Kinderfest mit...
Jeden Freitag: Großer Volkstag. Eintritt auf...
Jeden Donnerstag: Großes Varietè-Feuerwerk

Jeden Freitag: Großer Volkstag. Eintritt auf...
Jeden Sonntag: Neues Programm
Sonntag 4 Uhr.

Volkshühne

Bruder Martin
nachm. 3 Uhr: Die Fiedermans

Neues Volkstheater
Abend. 8 Uhr: Die 3 Zwillinge

Staatl. Schauspielhaus
Abend. 8 Uhr: Die Strohmütze

Großes Schauspielhaus
Abend. 8 Uhr: Julius Caesar

Deutsches Theater
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Kammertheater
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Kleines Schauspielhaus
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Theater des Westens
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Königsgräber Straße
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Komödienhaus
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Berliner Theater
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Rose-Theater
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Balthasar-Theater

Die Internationale.

SOMMERTHEATER
„Gros-Berlin“, ehem. Klem's

Krone und Fessel
Abend. 8 Uhr: Prinz u. Bettlerin

Ehemaliges Voigt-Theater
Abend. 8 Uhr: Der liebe Augustin

Kammer-Tanzspiele
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Orientalisches Ballett
und Schönheitsstänze

Berliner Brater
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

12 Varietè-Genationen 12
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Theater am Rotenbuser Tor
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Elite-Sänger
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Leipziger Fritz-Weber-Sänger
Abend. 8 Uhr: Die Hugenotten

Photoapparate
Ankauf Verkauf

Säuglings-Fürsorge-Lotterie

Ziehung am 20. und 21. Juli.

75000
50000
30000
20000

Säuglings-Fürsorge-Lose M. 3,60

Lud. Müller & Co.
BERLIN W., Werderscher Markt 10.

Phorosan-Heilinstitut
für Haut- und Geschlechtskrankheiten

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.

Preisherabsetzung

Jackel-Anzüge
echt englische Stoffe, beste Passform, von 1900.- herabgesetzt auf 1250.-

Culaway und Wesle
marango, Charlot, herabgesetzt auf 575.-

BaerSohn
Nur Chaussee-Strasse 29-30 Nur

Spezial-Behandlung
i. Geschlechts-, Haut-, Horn-, Frauenleiden, hartnäckige Hornleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutunterfuchung, Salostoffkur, Weiztrabl. Spezial-Arzt, „Löser“, Münzstr. 9

Schönes u. reines Gesicht
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode.

C. Weiffert, Invalidenstrasse 1471, Ecke Bergstrasse.

Für die Härtereier u. Schauerer
von Schreibern wird ein wichtiger Vorarbeit für sofort gesucht.

Der Mieterschutz
Ausführliche Erläuterungen der geltenden Mieterschutzgesetzgebung, insbesondere der Höchstmietpreisverordnung vom 9. Dezember 1918.

Preis 4,00 Mark.

Buchhandlung „Freiheit“, Breitestr. 8-9

Levorweil
Es gibt nichts Besseres für die Nerven, als ein Glas Levorweil.

Leffing-Theater

Leopoldine Konstantin
in Das Glas der Jungfrau

Deutsch. Kunst-Theater
Die bessere Hälfte

Neues Operettenhaus
Direktor Jean Kren

Prinzessin Friedl.

Trianon-Theater
Der große Erfolg

Maskerade
Der Säurenfried

Residenz-Theater
Der große Erfolg

Der große Erfolg

Kammer-Tanzspiele

Neue Welt

11. Großes Erntefest

Variete-Garten

12 Attraktionen 12

Elite-Brilliant-Feuerwerk

Apollo-Theater

Unübertreffliches Varietè-Programm!

Schaubühne

2. Meißner-Beitrag

16 Ringparaden

Wirklich tüchtige Prov.-Reisende

Photoapparate

Ankauf Verkauf

Photo-Steckelmann

Metalle

Alt-Papier

Metalleinkauf

Kupfer 7,50

Messing 4,75

Blei 2,25

Botenfrauen

Komnick

Mariendorf

Bergstr. 7, 1 Trp.

Dr. Edgar Zacharias

Kupfer 7 M.

Zinn bis 25 M.

Wittstockerstr. 19

Stingl

Metalle

Zuckermann

Kupfer 7,50 M.

Platin

Oskar Krauspe

Alt-Papier

Metalleinkauf

Kupfer 7,50

Messing 4,75

Blei 2,25

Botenfrauen

Komnick

Mariendorf

Bergstr. 7, 1 Trp.

„Freie Welt“

Neue Nummer 26

Der Boykott von North-Ungarn

Massendemonstrationen zur revolutionären Bewegung

Die militäristische Sabotage

Gemeinnütziger Obstbau- und Heimstättenverein „Freiland“

Witz für das Jahr 1919.

Table with 4 columns: Name, Amount, Name, Amount. Includes entries like Kassenbestand, Guthab. d. Spar-Kasse etc.

Table with 4 columns: Name, Amount, Name, Amount. Includes entries like Kassenbestand, Guthab. d. Spar-Kasse etc.

Mitgliederbewegung.
Eingetragene Genossen im Jahre 1919: 276
durch Aufhebung (Schied) aus: 2

am Schluß des Jahres mit 249 Geschäftsanteilen.
Das Geschäftsjahr der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres 1919 63.665 M.

Der Vorstand:
Hiersberg, Rasch, Berk.

DER MORD

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angehörigen 115 Seiten Preis 4.- Mark

Zu beziehen von der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Strasse 8-9

4. Ditt., 5. Ditt., 204. Bel.

Richard Fischer

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Todes-Anzeige.

Den Kollegen u. Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Kollege der Arbeiter

Wilhelm Ranzenhausen

Angnes Treike

Johann Berus

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

Wohlfahrt

# Antwort an das Exekutivkomitee<sup>\*)</sup>

(Fortsetzung)

Der zweite Teil des Antwortschreibens des Exekutivkomitees macht den Versuch, die Sünden der U. S. P. aus ihren theoretischen und praktischen Fehlern abzuleiten. Es ist hierbei bemerkenswert, daß das Exekutivkomitee mit keinem Wort auf unser Leipziger Aktionsprogramm zu sprechen kommt, selbst da nicht, wo es sich nicht um Fragen des praktischen Handelns, sondern um theoretische Auffassungen handelt. Auch hier zieht das Exekutivkomitee es vor, die U. S. P. nicht auf Grund ihrer programmatischen Erklärungen, sondern an der Hand von Unterstellungen zu kritisieren, deren Herkunft reichlich geheimnisvoll ist.

So wird beispielsweise behauptet, unsere Partei habe sich auf den Standpunkt gestellt, zuerst die Mehrheit des Volkes durch Wahlen in die bürgerlichen Parlamente zu erwerben und erst dann die Diktatur des Proletariats aufzurufen. Es dürfte dem Exekutivkomitee schwer fallen, eine Erklärung unserer Partei ausfindig zu machen, in der dieser Standpunkt formuliert ist. Unser Leipziger Aktionsprogramm hat die Diktatur des Proletariats als revolutionäres Mittel zur Erringung der sozialistischen Demokratie erklärt. Es ist aber müßig, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie und unter welchen Umständen es zur Diktatur des Proletariats kommen wird. Daß dies keine Prinzipienfrage ist, ergibt sich schon daraus, daß hervorragende Vertreter des revolutionären Sozialismus, darunter auch führende russische Kommunisten einer anderen Auffassung der Frage zuneigen, als dies im Schreiben des Exekutivkomitees zum Ausdruck kommt. So schreibt beispielsweise Trozki („Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag“), es sei im großen und ganzen vollkommen richtig, wenn Kautsky beweise, daß für die arbeitende Klasse die Beibehaltung der Grundlagen demokratischen Aufbaues letzten Endes stets von Nutzen sei. „Aber“, fährt er fort, „wenn es letzten Endes für das Proletariat vorteilhaft ist, seinen Klassenkampf und sogar seine Diktatur in den Rahmen demokratischer Institutionen zu kleiden, so bedeutet das noch keineswegs, daß die Geschichte des Proletariats immer eine solche Kombination ermöglicht.“ Und Lenin („Staat und Revolution“) weist mit Nachdruck darauf hin, daß die von der Diktatur des Proletariats ausgehende Gewalt nur gegen die ausbeuterische Minorität gerichtet sei. Lenin bezeichnet den Bund der ärmsten Bauern mit den Proletariern als einen, „ohne den die Demokratie stabil und die sozialistische Umgestaltung unmöglich ist“. Ferner sagt Lenin: „Als Unterdrückungsorgan tritt hier nicht die Minorität der Bevölkerung auf, wie es stets bei der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder der Lohnarbeit der Fall war, sondern die Majorität des Volkes.“ Marx und Engels selbst erklärten im Kommunistischen Manifest: „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit.“ Nehmen wir nun noch das Dezemberprogramm des Spartakusbundes zur Hand, in dem es heißt: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“

Die Diktatur des Proletariats ist der Ausdruck der Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat. Die Diktatur wird im Auftrage des Klassenbewußten Proletariat planmäßig und zielbewußt von revolutionären Sozialisten im Interesse des Proletariats ausgeübt. In den kapitalistisch entwickelten Ländern bildet das Proletariat die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung. Wenn die soziale demokratische Schichten des Proletariats Träger der politischen Macht sind, dann kann eine sozialrevolutionäre Regierungsgewalt durch ihre zielklaren Maßnahmen

im Interesse des Proletariats rasch und unaufhaltsam die Arbeiterklasse und darüber hinaus die vielen Zwischenschichten der Gesellschaft gewinnen. Die Eroberung der politischen Macht ist die nächste Aufgabe des deutschen Proletariats. In diesem Kampf um die Eroberung der politischen Macht benützt die Unabhängige Sozialdemokratie neben dem Parlamentarismus alle geeigneten Kampfmittel. Sie läßt aber keinen Zweifel darüber, daß die politische Macht nicht im Parlament erobert werden kann, sondern daß das vornehmste und entscheidendste Kampfmittel die Aktion der Masse ist.

Nur wer sich sein Urteil völlig nach russischen Verhältnissen bildet und spezifisch russische Verhältnisse schablonenhaft auf andere Länder überträgt, kann übersehen, daß in jedem Lande im Klassenkampf eine Menge ökonomischer, sozialer und politischer Besonderheiten beachtet werden müssen, daß das Kräfteverhältnis der kämpfenden Klassen nicht überall und nicht zu jeder Zeit gleich ist. Eine solche vereinfachte Auffassung, wie sie im Antwortschreiben des Moskauer Exekutivkomitees zur Geltung gebracht ist, überieht auch, daß unser Handeln nicht allein von uns, sondern auch von unseren Gegnern abhängt. Wenn nun die deutschen Kommunisten in dieser Ansicht theoretisch mit uns übereinstimmen, so entspricht dieser theoretischen Einsicht doch keineswegs die Praxis der deutschen Kommunisten, die, entgegen dem Willen einzelner ihrer Führer — unter dem Einfluß der bolschewistischen Revolution, deren anders geartete, soziale Triebkräfte sie übersehen — auf den Weg des Putschismus gedrängt wurden. Welche Taktik die richtige war, ergibt sich aus der führenden Rolle, die unsere Partei im revolutionären Proletariat Deutschlands spielt und aus der Einstufungslosigkeit, zu der die äußerlich in zwei, innerlich aber in mehr als zwei feindliche Lager gespaltenen Kommunisten herabgesunken sind.

Ebenso wie mit der Frage der Diktatur, verhält es sich mit der Frage des Terrors und des Bürgerkrieges. Auch hier wird die spezifisch russische Form der Diktatur des Proletariats zum Grundgesetz für das internationale Proletariat erhoben. Hierbei erdrückt die Form den Inhalt und erschwert den Gang der Revolution durch ungenügende Berücksichtigung der Umstände, die bei einem anderen soziologischen Inhalt auch eine andere Form der Revolution notwendig machen können. Bei der Prüfung des Gewaltproblems kommt in Betracht, daß zwischen Gewalt und Terror unterschieden werden muß. Wenn auch die Diktatur des Proletariats wie jede andere Diktatur, selbst wenn sie sich in ein demokratisches Gewand hüllt, der Anwendung von Gewaltmitteln nicht entbehren kann, so hängt ihr Ausmaß doch von den konterrevolutionären Widerständen ab. Terrorismus als politische Methode bedeutet die Errichtung einer Schreckensherrschaft, bedeutet die Anwendung von staatlichen Gewaltmitteln auch gegen Unschuldige, um durch Einschüchterung und Abschreckung alle Absichten auf Widerstand zu brechen. Dagegen ist zu sagen, daß die internationale Sozialdemokratie diesen Terror nicht nur aus Menschlichkeit und Gerechtigkeit, sondern auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit abgelehnt hat. Kann von der Gewalt gesagt werden, daß sie nur die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht und daß sie die neue Gesellschaft nicht zu Tage fördern kann, ehe diese nicht im Schoß der alten gereift ist, so muß vom Terror gesagt werden — und die Geschichte hat das hundertfach erwiesen —, daß seine Anwendung nicht die Stärke einer Bewegung, sondern vielmehr ihre innere Schwäche zum Ausdruck bringt. Unsere Partei handelt deshalb vollkommen im Einklang mit der marxistischen Lehre und mit den Erfahrungen der Geschichte, wenn sie es ablehnt, den Terror zu verherrlichen. Das Festhalten an diesen Grundfällen bedeutet nicht, wie uns im Antwortschreiben des Exekutivkomitees vorgeworfen wird, die „Demoralisierung des revolutionären Bewußtseins der Arbeiter“. Es bedeutet vielmehr die Sicherung der dauernden Interessen des Sozialismus als Ganzes betrachtet; es bedeutet den Schutz der proletarischen Denkwiese vor dem Eindringen forumpulierender militaristischer Gedankengänge, die das dauernde Interesse der Revolution und der Arbeiterbewegung wegen wirklicher oder scheinbarer Augenblickserfolge preiszugeben bereit sind.

(Fortsetzung folgt.)

# 13. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Hannover, den 11. Juli 1920.

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter wurde heute eröffnet. Sekretär Contenius (Hamburg) begrüßte die Delegierten namens der Zahlstelle Hannover. Er gab den üblichen geschichtlichen Rückblick. Der Bericht liegt als Broschüre vor, desgleichen das Jahrbuch 1919.

Als geladene auswärtige Gäste sind erschienen: Kol. De Leppohaus (Schweden), Sörensen (Dänemark). Im Namen des Magistrats der Stadt Hannover begrüßte der Senator Schrader die Tagung. Faßt glaube die Tätigkeit des Kartells Hannover mit dem Vorhandensein einer Betriebsrätschule nachweisen zu können. Auch weiter sprach er Worte der Verteidigung der Gewerkschaftspolitik in Hannover.

Der Verbandsvorsitzende, Aug. Brey dankte nach allen Seiten und entschuldigte die fehlenden internationalen Verbandsbrüder und macht auf die zu erwartenden Einladungen der Opposition aufmerksam und hofft auf ein glükliches Versehen des Gewitters. Es erfolgte dann die Konstitution des Bureaus. Die Opposition präsentierte als Vorsitzenden Schumann-Leipzig.

Die Wahl ergab 1. Aug. Brey-Hannover, 2. Contenius-Hannover, 3. Schumann-Leipzig. Zu Schriftführern wurden gewählt: Frau Lungwitz-Berlin (Opp.), Birckholz-Dresden (Opp.), Wilt, Müller-Reuh (Opp.), Schäbitz-Bunzlau, Strasser-Waldshut, Ertlich-Roswig.

Die vorgelegte Tagesordnung des Verbandsvorstandes fand Annahme.

Die Beratung der „Geschäftsordnung“ brachte zu Punkt 6 eine lebhafte Debatte. Die Opposition forderte, daß nur aus Urwahlen hervorgegangene Delegierte stimmberechtigt sein sollten. Die Taktik des Verbandsvorsitzenden und Verhandlungsführers wurde dahingegen, diese Gefahr für die Verbandsbureauführer abzulenken. Der Antrag Bach (Blauenscher Grund) wurde deshalb nach erörterter Debatte mit 24 gegen 136 Stimmen abgelehnt. Brey gab hierauf den Bericht des Vorstandes. Die Verteidigung der Verbandspolitik begann und damit das Ringen der Geister.

Zweiter Verhandlungstag.

Hannover, 12. Juli 1920.

Es folgt zunächst der Bericht des Hauptkassierers. Das Verbandsvermögen beziffert sich auf 10 Millionen Mark. Zum Geschäftsbericht der Verbandspresse sprach Redakteur Brüll. Er verteidigt sich gegen die Vorwürfe der Opposition, die in den gestellten Anträgen zum Ausdruck kommen. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß von den im Druck vorliegenden 212 Anträgen zur Tagung bloß 52 oppositioneller Natur sind.

Den Revisionsbericht gibt Martens-Harburg, der die Angaben des Hauptkassierers bestätigt, die Buchungen in Ordnung gefunden hat und Entlastung verlangt.

Bach beantragt namens der Opposition unbeschränkte Redefreiheit für diese Tagung.

Nach scharfer Debatte ergab die Abstimmung schließlich volle Redefreiheit, aber nach beiden Seiten des Hauses.

Mit erhöhter Spannung wurde das Korreferat des Genossen Reimann-Berlin entgegengenommen. Er führte aus, daß seitens der Opposition nicht die Absicht bestehe, die ganze verderbliche Kriegspolitik der Gewerkschaften aufzurollen. Aber auch ab 1917 sei das Sündenregister noch groß genug. Wiesenhüter habe Aufregungen gemacht, die dazu zwingen, auf den „Gau Wiesenhüter“ aufmerksam zu machen. Wie sieht es unter den Arbeitern in Pommern aus? Wer das Koskeregime verfeindigen wolle, möge doch an die ungeschützten Gewerkschaftsversammlungen in Berlin denken, die durch Militär gestört wurden.

Jetzt habe man ja den ehemaligen Wehrminister nach Hannover abgeschoben. Reimann verweist weiter auf einen Gerichtsbeschluss, in einem Kampf der Rechtsanwaltschaften, wovon alle Bestrebungen die auf Streikfähigkeit hingen, verboten werden. Der Klassenkampf sei nicht zu umgehen, oder man erkläre das Erfurter Programm für eine Utopie. Was habe zum Beispiel der Verbandsvorsitzende Brey getan, um das Blutbad am 13. Januar in Berlin zu verhindern? Es sei leicht nachzuweisen, daß Gewerkschaftspolitik und Parteipolitik miteinander unmittelbar verbunden sind. Es herrsche hier eine laubendische Personalunion. Wo die berühmte Neutralität und Objektivität herkommen solle, werde die anwesende Mehrheit am besten wissen. Was habe Brey getan, um die verschiedenen Belagerungszustände aufgehoben zu wissen? Die Presse habe berichtet, daß er sogar für Beibehaltung derselben eingetreten sei. Was habe der Verbandsvorstand in Sachen der „Erwerbslosenfrage“ getan? Wie stehe der Verbandsvorstand zu dem wichtigen Gehentwurf der Schlichtungsordnung? Dann vermissen wir vom zweifelhäufigsten Verbandspräsidenten Deutschlands eine kraftvolle und großzügige Propaganda. Brey habe erklärt, der Kampf zur Durchführung des Sozialismus sei nicht Sache der

\*) Siehe „Freiheit“ Nr. 272 und 274.

# Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

11) Von Kindheit an fürchte ich mich vor gar nichts; auch der Tod läßt mit keine Furcht ein, obwohl ich mehr als einmal Gelegenheit hatte, ihm von Angesicht zu Angesicht zu begegnen, aber mein Herz erzitterte nicht, erbebte nicht im Schrecken der Todesahnung. Aber eines, das einzige, vor dem ich von jeder einen panischen Schrecken fühle, das sind die Augen. Beim Anblick einer Frau erzitterte ich am ganzen Leibe, meine Augen öffnen sich weit, und ein unendlicher, unbezwinglicher Ekel, der an Schrecken grenzt, erfüllt mein ganzes Wesen. Oft versuche ich, zu Beweisgründen der Logik zu greifen, um diese sinnlose Furcht zu belämpfen, aber es war immer vergeblich; jezt fühle ich denselben Ekel, aber es war immer vergeblich; jezt fühle ich denselben Ekel, aber es war immer vergeblich, das gestrige könne sich wiederholen.

Obwohl ich weiß, daß mein Beschluß dumm, sinnlos ist, sage ich mir andererseits, es sei ja nichts Besonderes dabei, daß ich im Kabinett schlafen werde. Das bedeutet ja noch nicht die endgültige Trennung, das ganze Leben liegt ja noch vor einem, sie ist ja die Mutter meiner Kinder und sie ist vor mir noch gar nicht schuldig.

Ich gehe immer schneller im Kabinett auf und ab, und denke darüber nach, aber je mehr ich nachdenke, um so verzweifelter werde ich. Es scheint mir, als sei die Kraft meines Verstandes geschwächt, oder als hätte sich in mir eine neue Kraft eingewurzelt, die aller Beweisgründe des Verstandes spottet und, sich meiner bemächtigt, mich auf neue, mir unbekannte Wege führen wird.

Meine Frau kehrt sehr spät heim; ich vernehme ihren Schritt im Korridor und dabei wird meine Ursache noch bestimmter; ich sage mir: „Jezt wird es losgehen“. Nach dem sie abgelegt hat, höre ich, daß sie das Speisezimmer betritt; wie sie nicht in meinem Kabinett bemerkt, kommt sie zur Türe, öffnet sie leise und steht erst nur den Kopf hin- und her, dies ist eine alte Gewohnheit, vor dem Kriege tat sie das, um mich nicht zu stören, wenn ich schrieb. Wie sie sieht, daß ich mitten im Zimmer sitze, tritt sie ein und nähert sich mir leichten Schrittes.

„Das ist einfach unverantwortlich, Kossja“, sagt sie, indem sie ihre Unzufriedenheit durch ein Lächeln zu verstecken sucht, „den ganzen Tag erwarten wir dich. Diesen Tag“, — sie betont besonders das Wort „diesen“ — „hättest du wirklich im Kreise deiner Familie verbringen können.“

„Ich bin nur abends ausgegangen und bin stecken geblieben.“ Dabei sehe ich, daß sie plötzlich verlegen wird, auf ihrem linken Gesicht treten rote Flecken hervor, und sie verbirgt ihren Blick vor mir, wobei sie sich von mir abwendet und in diesem Augenblicke auch das auf dem Divan ausgebreitete Bettzeug sieht.

Ihre Augen öffnen sich weit vor Erstaunen, aber nach und nach erscheint in ihnen eine scharfe, stechende Bosheit; sie nimmt sich zusammen, jedoch ich bemerke, daß sie vor Wut lockt. Ihre Lippen zucken leise, aber sie fragt absichtlich, um ruhig zu erscheinen, mit veränderter kalter Stimme:

„Was? Beabsichtigst du hier zu schlafen? Jezt, nachdem du fünf Jahre abwesend warst?“

Ich ergreife ihre linke Hand und beginne zaghaft, mit schuldiger Stimme zu erklären, es sei ja nichts Böses dabei, ich hätte es ja nicht so gemeint, sie müsse doch verstehen, es sei mir ein wenig peinlich und unbehaglich... während fünf Jahren verlernt man seine alten Gewohnheiten, und außerdem wissen sie ja genau, daß ich schreiben müsse, lüge ich vollkommen bewußt, in den fünf Jahren hat der Mensch so viel gesehen und erlebt, jezt muß das alles aufgeschrieben werden. Ich konnte sie nicht erst darum befragen, da sie nicht zu Hause war, und ich glaubte, sie würde sich dazu ganz ruhig, wie es nötig sei, verhalten.

Mit weiblichem Instinkt fühlt sie, glaube ich, meine Unaufrichtigkeit, sie beißt fortwährend an ihrer Unterlippe und macht dazwischen eine protestierende Bewegung mit dem Kopf.

Plötzlich überkommt mich, gerade jezt, eine merkwürdige Ruhe, als wären meine Beweisgründe nicht für meine Frau, sondern für mich selbst bestimmt und als hätten sie mich vollkommen überzeugt. In ruhiger Sicherheit sehe ich mich an meinen Schreibtisch und erwarte den weiteren Verlauf der Szene.

Sie schweigt, die verführten Finger ringend, um ihrer Verzweiflung Ausdruck zu geben, nähert sich sodann dem

Sessel, der an der anderen Seite meines Schreibtisches steht, sinkt auf den Lehnstuhl, verdeckt ihr Gesicht in den Händen und bricht in Tränen aus:

„Ich denke: Das ist alles ausgezeichnet berechnet, sie macht auch keine einzige unnütze Bewegung, ein vollendetes Schauspielertalent.“

„Früher hast du ja Gottlob auch geschrieben“, sagt sie unter Tränen, „es ist ja nicht zum ersten Male, und doch bist du nie aus dem Schlafzimmer weggegangen; nein, nein! Lüge lieber nicht, ich sehe wohl, daß du mich nicht mehr liebst, ich bin dir einfach widerlich. Und weshalb, sage, weshalb?“

Ich kann überhaupt keine Frauentränen sehen, sie machen auf mich einen merkwürdigen Eindruck, so daß sich mein Herz schmerzhaft zusammenkrampf. Ich habe das Gefühl, als werde ich mit stumpfen hölzernen Ähnen gestochen; aber jezt mache diese Tränen nicht den geringsten Eindruck auf mich, Ich sehe mich bequemer in meinem Sessel zurecht und betrachte aufmerksam meine Nägel, obwohl mich mein Verstand belächelt:

„Wie kannst du nur, du Gefühlloser? Es ist ja der Augenblick, in dem dein weiteres Familienleben entschieden wird!“

Ich aber lache innerlich darüber, ich bin ruhig. Durch die früheren Erfahrungen gewöhnt, erwarte ich einen neuen Redeschwall von Scheltworten, Vorwürfen und schließlich den unvermeidlichen hörterischen Anfall, und dieses widerwärtige, süßlich-bittere Gefühl, das jede Familienszene hinterläßt, bei der die Seelen der Menschen, die sich für nahestehend verwandt halten, sich vollkommen vor einander verfallen, und die Leute, von Haß erfüllt, einander nicht verstehen können, oder nicht wollen; so wird vielleicht ein jeder von Verzweiflung erfaßt, weil ein jeder sich der Illusion hingibt, der andere werde ihn sofort verstehen.

Wie groß war jezt mein Erstaunen, als meine Frau plötzlich energisch aufstand und, wie mir schien, ruhigen Schrittes zur Türe ging, indem sie mir unterwegs in verächtlich-ärgerlichem Tone zuwar:

„Nun, so schlafe eben wie du willst!“

Ich wollte meinen Ohren nicht trauen. Sollte das wirklich alles sein? Ich zerbrach mit den Kopf, ohne eine Erklärung für dieses Betragen finden zu können.

(Fortsetzung folgt.)

freien Gewerkschaften. Diese Fragen müssen mit und durch die Gewerkschaften gelöst werden. Nicht Selbstzweck sei die freie Gewerkschaft. Diesen Standpunkt habe in den Märztagen selbst Regien, auf die Gefahr es mit seiner Partei zu verderben, vertreten. Der Redner legt zu dieser Frage folgende Resolution vor: „Ausgehend von den Gesichtspunkten, welche zur Gründung der freien Gewerkschaften Anlaß gaben, steht der Verbandstag auf dem Standpunkt, daß der Verband so geleitet sein muß, daß der natürliche Gegensatz zwischen der Arbeiterschaft und dem kapitalistischen Unternehmertum nicht künstlich unterdrückt wird. Letzteres führt dazu, daß die dem Verbands innewohnende Kraft indirekt zur Erhaltung des Kapitalismus beiträgt. Die kapitalistische Form der Produktion läßt die Erfüllung der von der Arbeiterschaft aufgestellten berechtigten Forderungen nicht zu. Deshalb ist auch seitens des Verbandes an dem Prinzip, daß die kapitalistische Produktionsform durch die sozialistische zu ersetzen ist, unbedingt festzuhalten.“

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (A. D. G. B.) hat arbeiterfeindliche Kriegspolitik offiziell betrieben. Der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und sein Organ „Der Proletarier“ haben diese Politik nicht nur gebilligt, sondern in Wort und Schrift gefördert.

Der Verbandstag verurteilt aufs schärfste die Haltung dieser Körperschaften während und nach dem Krieg, er erblickt darin einen Mißbrauch seines Vertrauens, einen glatten Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, eine Preisgabe der Grundsätze des Sozialismus.

Schärfster Klassenkampf mit und durch die Gewerkschaft, für den Sozialismus, sei die Forderung. (Langanhaltender Beifall.)

Graf Dresden polemisiert in langen Ausführungen gegen die Schreibweise von Brüll. Der „Proletarier“ sei kein Proletarier mehr. Er kanzelte Arbeitskollegen als Verbrecher, Dummköpfe usw. ab. Graf führt Präzedenzfälle an und verlangt Remedur. (Beifall.)

Udler-Harburg weist die Angriffe der beiden oppositionellen Redner in der bekannten Art und Weise zurück. Die Vorzüge des Betriebsrätegesetzes will er mit den §§ 84 und 86 erweisen. Aus dem ihm entgegenstehenden Gelächter schließt er, daß selbst die „Elite der Delegierten“ das Gesetz noch nicht kenne. Er verteidigt arme Industrien und seinen Parteigenossen Koske. Nach seiner Meinung erlebt die U. S. P. D. keinen zweiten 6. Juni mehr.

## Gewerkchaftliches

### Der Schiedsspruch der Rechtsanwalts-Büros angestellten

Am Montag trat der vom Reichsarbeitsministerium einberufene Schlichtungsausschuß zur Regelung des Tarifes der Rechtsanwaltsangestellten im Reichsarbeitsministerium Luitensstr., unter dem Vorsitz von Professor Goldschmidt zusammen. Beide Parteien hatten eine Anzahl Vertreter delegiert. Unter den Vertretern der Arbeitnehmer fungierten als Sprecher Reichstagsabgeordneter Giebel, Verbandssekretär Bauer und Reibach. Als Verhandlungsführer des Anwaltsvereins fungierten die Rechtsanwältinnen Roth, Rügler und Altermum. Die mündlichen Verhandlungen, in denen bereits ein harter Einigungswille zu Tage trat, dauerten bis 11 Uhr. Der Vorsitzende verhandelte den Spruch, welcher im wesentlichen von den Forderungen der Arbeitnehmer nur geringe Abträge abstrich. Es war ursprünglich eine Erhöhung der Gehälter um 50 Prozent gefordert. Der Schiedsspruch enthält eine Aufbesserung von durchschnittlich 45 bis 48 Prozent. Im übrigen besagt er, daß Nachregelungen aus Anlaß des Streiks nicht vorgenommen werden dürfen und daß, sofern die während des Streiks zurückgebliebene Arbeit von den Angestellten aufgearbeitet wird, ein Gehaltsabzug für die Streiftage nicht zulässig ist. Die Vertreter des Anwaltsvereins erklärten, die Annahme des Schiedsspruchs in Aussicht stellen zu dürfen, sofern von der Arbeitnehmerseite nicht eine weitere Rückwirkung des Vertrages als bis zum 1. Juli 1920 verlangt wird.

### Streik bei der Berliner Wachs- und Schließgesellschaft

Die Wachangestellten der Berliner Wachs- und Schließgesellschaft (600 Wächter, Wächterinnen und Kontrollleute) sind in den Streik getreten. Sie fordern eine Teuerungszulage in Höhe von 100 M. pro Monat auf den bestehenden Tariflohn. In einer Betriebsversammlung, wo zu dem Verhandlungsergebnis Stellung genommen wurde, war der Direktor der Gesellschaft anwesend, er erklärte, er erkenne die Notlage der Wachangestellten an, berufe sich jedoch auf den Tarifvertrag. Trotz eindringlichen Zuredens des Verbandsvorsitzers, welcher auf die geradezu verzweifelte Lage der Wächter hinwies, und der des weiteren betonte, daß trotz Bestehen eines Tarifvertrages bisher immer eine Verständigung über Teuerungszulagen erzielt worden sei, und die Gesellschaft wohl in der Lage sei, Entgegenkommen zu zeigen, da eine kleinere Gesellschaft einen bedeutend höheren Lohn zahle, erklärte der Direktor, keine Zugeständnisse machen zu können. Alles, was der Verbandsvorsitzener gefordert habe, treffe zwar zu, selbst die Wächterkostenerrechnung, die der Verbandsvertreter aufgestellt habe, wolle er nicht anzweifeln, von einem Entgegenkommen habe jedoch diesmal nicht die Rede sein, er wäre zwar in der Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber für die Bewilligung einer Teuerungszulage eingetreten, jedoch wäre er in der Minderheit geblieben.

In der sehr regen Diskussion wurde von allen Rednern die Notlage der Wachangestellten geschildert. Bei dem fargen Lohn könne man sich nicht einmal die Lebensmittel kaufen, die auf Karten zu haben sind, so daß man langsam verhungern müsse. Alle Redner traten dafür ein, sofort in den Streik zu treten, da auf dem Verhandlungswege doch nichts zu erreichen sei. Ein Antrag, den Streik noch einige Tage aufzuschieben und eine Urabstimmung vorzunehmen, fand keine Annahme. Einstimmig wurde beschlossen, sofort in den Streik zu treten.

### Streik der Fensterputzer

Zu einer am Montag stattfindenden Volksversammlung der Fensterputzer wurde beschlossen, am Dienstag früh in allen Betrieben Berlins in den Streik zu treten, wenn die Unternehmer sich weigern, den geforderten Lohn von 225 Mark zu zahlen. Die Streikenden rühten an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, sie in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Jeder Fensterputzer, der bei der Arbeit getroffen wird, muß im Besitz eines Ausweises der Zentralstreikleitung sein. Kann er eine solche nicht vorzeigen, ist derselbe als Streikbrecher zu betrachten.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Nachdem die Konditoreibesitzer den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses bezüglich Festsetzung der neuen Löhne abgelehnt haben, dokumentieren sie damit, daß sie wohl verheißene, anständige Preise für ihre Waren zu nehmen, aber nur Hungerlöhne zu zahlen. Ueber weiter-

gehende Schritte der Organisation soll in der am Donnerstag, den 15., abends 7 1/2 Uhr in Schulhof Bracht-Sälen, Am Königsgraben 2 stattfindenden Versammlung beschlossen werden. Man lasse deshalb darauf, daß alles Personal in dieser Versammlung erscheint.

Gewerkschaftsmitglieder! Für die am Donnerstag, den 15. Juli im Balhalla-Theater stattfindende Aufführung „Die Internationale“ hat die unterzeichnete Organisation noch Gutscheine zum Einheitspreise von 3 M. abzugeben. Die Auslosung der Plätze findet ab 6 1/2 Uhr im Theaterraum am Tage der Vorstellung statt. Verband der Gastwirtsgehilfen, Elsharstr. 88, III. (Büreauzeit 9 bis 5 Uhr.)

## Groß-Berlin

### Die Generalversammlung der Bezirksorganisation Berlin-Stadt

findet am kommenden Freitag, abends 7 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18, statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kasienbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

### Funktionärversammlung Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Fortsetzung der am Mittwoch, den 7. Juli, vertagten Funktionärkonferenz, welche sich mit dem Thema

### „Selbständige Betriebsräte-Zentrale oder Betriebsräte-Zentrale der freien Gewerkschaften“

befasste, findet am Donnerstag, den 15. d. M., abends 7 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18, statt.

Zum Eintritt berechtigten die von den Distrikts- bzw. Ortsleitern ausgestellten gesampelten Ausweise. Ohne diese kein Zutritt.

### Ende des Obsthändlerstreiks

Die Obsthändler haben sich mit den Großhändlern verständigt und wollen heute den Handel wieder aufnehmen. Sie hoffen, daß mit dem Kettenhandel ein Ende gemacht wird. Und das war immer schon ein Stein des Anstoßes. Gute Freunde bekamen Ware und gaben sie mit hohen Aufschlägen weiter. Dieser Zustand müßte zu einer Verteuerung der Ware führen. Auch die Frage des Gewichts spielte eine große Rolle. Vielfach fehlten größere Mengen an Gewicht, dazu kam die Verpackung. Den Händlern ist zugesagt, daß eine Regelung dieser Punkte erfolgt. Gegen die Werberschen Obstzüchter bleiben die Händler in Reserve, bis diese sich mit ihnen geeinigt haben. Für uns ist entscheidend, welchen Nutzen der Konsument aus der Bewegung zieht. Ist sie nur ein Streit zwischen Großhändler und Kleinhändler um das Maß des Profits, so hat der Konsument wenig Interesse daran. Wesentlich für den Konsumenten ist, ob eine Dauer der Preisnachlässe zu verzeichnen ist. Das werden die nächsten Tage lehren. Aber auch die Händler haben darauf zu achten, daß in ihren eigenen Reihen Unreue gegen das Publikum verschwindet.

### Die Fernstromversorgung Berlins

Uns wird geschrieben: „Das Reichshochamt ist in der vorigen Woche dazu übergegangen, die für die Fernstromversorgung Berlins notwendigen Maschinen zu bestellen und zwar sind für das Stromerzeugungsgebiet Spremberg 3 Dampfturbinen-Sägen zu 18000 Kilowatt und ein Satz gleicher Leistung für das Gebiet Golpa in Arbeit gegeben worden. Bei Fertigstellung dieser Maschinen wird es möglich sein, den Strombedarf Berlins voll zu decken und sogar etwas in Reserve zu haben.“

Es kann also hier mit einer gewissen Genugtuung ausgesprochen werden, daß die beiderseitigen Bemühungen in kurzer Zeit das erreicht haben, was den einzelnen behördlichen Stellen trotz vieler Mühen durchzuführen nicht möglich war.

Wenn in einem früheren Artikel von einer Vermehrung der Zuleitungsanlagen gesprochen wurde, so hat das Schachministerium leider dieser Forderung bisher kein Gehör geschenkt, es glaubt vielmehr, mit den gegenwärtigen Stromleitungen auskommen zu können. Es ist dabei zu bedenken, daß, wenn man für die Stromerzeugung Sorge trägt, man auch für die Stromzuleitung die notwendige Vorkehrung treffen muß, weil sonst auch eine ausreichende Stromerzeugung nicht immer ihren Zweck erfüllen wird. Wenn aus der praktischen Erfahrung heraus feststeht, daß die an Masten aufgehängten Ueberland-Leitungen sehr wenig Störungen unterworfen sind, so schließt das Störungen nicht aus. In demselben Augenblick, wo eine Stromzuleitung defekt wird (und die Reparaturen dieser Defekte nehmen größtenteils längere Zeit in Anspruch) kann man mit dem zur Verfügung stehenden Strom nichts anfangen, da die bestehenden Leitungen diese Mehrbelastung nicht aufnehmen können. Will man gegen alle Eventualitäten bei der Stromversorgung Berlins gesichert sein, muß neben der ausreichenden Stromerzeugung und der dazugehörigen Reserve auch für eine ausreichende Stromzuleitung und Reserve Sorge getragen werden.“

Bitterfeld hat gestern die Stromversorgung nach Berlin eingestellt. Es sind Maßnahmen getroffen, durch welche die Straßenbahn mit Strom beliefert wird. Wie wir erfahren haben, hat die Direktion der St. F. W. angeordnet, die Straßenbahn mit Strom zu versorgen, jedoch die Großindustrie aus dem Stromnetz auszuschalten. Hoffentlich erwacht das Reichsarbeitsministerium jetzt und findet Mittel und Wege um die Arbeitgeber schleunigst an den Verhandlungstisch zu bringen.

Das Meldewesen in den Vororten. Der Regierungspräsident von Potsdam hat für die Berliner Vororte, in denen sich Wohnsamtler befinden, die bestehende Melderegisterordnung durch folgenden Nachtrag vorübergehend abändert: „Die Abmepelung der Meldungen unterbleibt bei Zuzügen solange, bis die in dem folgenden Absatz erwähnte Erklärung des zuständigen Wohnungsamtes der Meldestelle vorgelegt wird. Bei Zuzügen ist bei Zuzügen gleichzeitig eine Erklärung des zuständigen Wohnungsamtes, ob dieses gegen den Bezug der Wohnung, der Zimmer oder Schlafstellen Einwendungen zu machen hat.“

Unangenehmer Abfluß einer Badereise. Vor einigen Tagen lehrten mehrere bekannte Charlottenburger Persönlichkeiten von einer Badereise zurück und übergaben ihr Gepäck der B. z. B. G. zur Beförderung. Während die Gepäckstücke am Charlottenburger Bahnhof verladen wurden, nahen Diebe das Fuhrwerk und fuhren von dannen. Der leere Wagen wurde später in der Mannheimer Straße in Wilmersdorf wiedergefunden. Gestohlen wurden drei große Rohrplattenkoffer mit Damen- und Herrengarderobe im Werte von 40000 M. und eine leberne Reisetasche mit Schmuckstücken, darunter eine Perlenkette, Brillantnadeln und eine goldene

Damen- und Herrenuhr. Da der Diebstahl am hellen Tage ausgeführt wurde, ist es merkwürdig, daß niemand von den Tätern etwas wahrgenommen hat. Meldungen erbittet die Charlottenburger Kriminalpolizei.

Eine Lebensmittelkartenwerkstatt wurde gestohlen entdeckt. Ein Bäcker Julius Schulz hatte mit einem Kartenbruderei begründet, in der er ein Ehepaar Heinrich beschäftigte und einen Steinbruder Wagner. Die Bruderei besand sich am Grünen Weg Nr. 3. Diese Lebensmittelkartenfabrik können nur bestehen, weil die Nachfrage nach den Karten immer noch groß ist.

Erschossen wurde in der letzten Nacht in einem Lagerkeller, Schöneberger Str. 27 von der Sicherheitspolizei ein Mann Hans Schirsmidt aus der Christburgerstraße, der mit einem anderen bei einem Einbruch festgestellt wurde.

Ausgehoben wurde in der letzten Nacht ein Schanklokal Schönebergerstr. 44, in dem von zahlungsfähigen Gästen und Lebensmännern Radtänze vorgeführt wurden. Das Lokal wurde geschlossen.

1 Liter Vollmilch. Von heute, den 14. d. Mts. ab wird auf die B1 und B2-Karten bis auf weiteres 1 Liter Vollmilch verausgabt. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

Berlin-Beih. Am 9. Juli, gegen 7 Uhr morgens, stürzte ein unbekannter junger Mann von 16-18 Jahren, während der Fahrt vom Bahnhof Hermannstraße nach Tempelhof vom Trittbrett der Eisenbahn ab und erlag seinen Verletzungen im Neuföllner Krankenhaus in Budow. Er hatte eine Wochenkarte auf den Namen Will Thomas bei sich, ist 1,56 Meter groß, schlank, mittelkräftig, dunkelblondes Haar, blaugraue Augen, große, abstehende Ohren. Die Leiche befindet sich im Neuföllner Krankenhaus in Budow. Nachrichten an den Amtsvorsteher, Berlin-Beih. erbeten.

Städtische Auskunfts- und Beschwerdestelle Neufölln. Die von der Stadinerordnetenversammlung in Neufölln, im alten Rathaus, Berliner Straße 63/64, Erdgeschoss, Zimmer 163 eingerichtete Auskunfts- und Beschwerdestelle ist auch an jedem Mittwoch, nachmittags von 5-7 Uhr, geöffnet. Es sind in dieser Stunden Stadinerordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnerschaft in städtischen Angelegenheiten in Empfang zu nehmen.

Die Preisherabsetzung der Firma Baer Sohn fällt derzeit auf, daß wir auf diesen Umstand unsere Leser besonders hinweisen müssen.

Richtigstellung. Auf Veranlassung des Vorstandes der „Vereinigung der sozialistischen Studenten Groß-Berlins“ haben wir bei den Parteilichkeitsorganen Umstände gehalten und festgestellt, daß in unserer Notiz „Rassismus und Sozialismus“ in der Abendausgabe vom Sonnabend infolgt ein Versehen vorlag, als die Eintrittsarten zu dem genannten Vortrag in der Universität nicht von den Distriktsleitern, sondern von Mitgliedern der Vereinigung an ihnen bekannte Arbeiter ausgegeben wurden.

Rassismus und Sozialismus. Nach dem Vortrag über dieses Thema, am Montag in der Universität, wurde eine Mühe gefunden. Der Eigentümer kann sie beim Pförtner der Universität abholen.

Der Berliner Wettsegel-Verband, dem die Arbeiter-Segelvereine „Araternitas“, „B. d. Tourenjäger“, „Segelklub 1898“ und „Wendensloß“ angehören, legt Wert auf die Feststellung, daß er und nicht nur die in dem Bericht über die Regatta des Freien Ruderverbandes genannten beiden Arbeitersegelvereine, die Auskündigung der Regattastrecke veranlaßt hat.

### Aus den Organisationen

1. Distrikt. 1. und 2. Abteilung. Gemeinsamer Jahlabend (Vortrag). Bildungsschule (Vortragsbüro), Schillerstr. 5.

2. Distrikt. 3. Abteilung. Jahlabend 118. bis 117. Bezirk bei Reiter, Wilmstr. 7, 118. bis 120. Bezirk, Bismarckstr. 60, 121. bis 124., 120. und 122. Bezirk, Köpenick, Pflanzstr. 78.

3. Distrikt. Die Abteilungsführer werden gebeten, heute, Mittwoch, die Delegiertenlisten zur Generalversammlung am Freitag vom Gesellen Bismuth abzugeben.

4. Distrikt. 2. Abteilung. Der Jahlabend des 421. Bezirks findet nicht bei Hermann, Pflanzstr. 8, sondern bei Reiter, Wilmstr. 7, im Hofstr. 10, statt. (Edele Wilmstr. 10.)

5. Distrikt. Donnerstag, 6 1/2 Uhr, Sitzung der kommunalen Arbeitskommission der Arbeiter, Reiter, Wilmstr. 7. Freitag, 6 1/2 Uhr, Versammlung der Elternbeiräte, Humboldt-Gymnasium, Grottestr. 25, Grottenpark.

6. Distrikt. Sämtliche Mitglieder der Frauenabteilungskommission haben Sitzung am Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Köpcke, Elsharstr. 88.

7. Distrikt. 4. Verwaltungsbereich. 7. Sonnabend, 6 Uhr, in Lichtenberg, Rathaus, Mühlendörfer Str., Stadinerordnetenversammlung, Sitzung der Bezirksvereine, wozu auch die örtlichen Organisationsleitungen eingeladen sind. Lokale bei Reiter, Wilmstr. 7.

8. Distrikt. 5. Abteilung. Sitzung sämtlicher Ortskommissionen der politischen Kommission, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, bei Hagen an der Straußenseite. Untermitteltes Erziehungsmaterial abholen im Vertriebsbüro.

9. Distrikt. Die Bezirksabteilungen der 5 Gruppen haben in Potsdam folgenden Tag. 1. Teil, Sonntag, 7. 2. Teil, Sonntag, 8. 3. Teil, Sonntag, 9. 4. Teil, Sonntag, 10. 5. Teil, Sonntag, 11.

10. Distrikt. Die Jahlabende haben diesmal bei Kollentow, Grottestr. 10 und bei Berner, Wilmstr. 7, statt.

11. Distrikt. 6. Verwaltungsbereich. 6. Uhr, Material aus der Spedition abholen. Die Pakete müssen ebenfalls abgeholt werden.

12. Distrikt. 7. Verwaltungsbereich. Sitzung, Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Reiter, Wilmstr. 7. Wichtige Tagesordnung.

13. Distrikt. 8. Verwaltungsbereich. Die Jahlabende zur Montagsversammlung liegen in der „Freiheit“-Spedition, Bismarckstr., zur Abholung bereit. Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 5, bei Reiter, Wilmstr. 7.

14. Distrikt. 9. Verwaltungsbereich. Jahlabend, Sonntag, 11. Uhr, im Tempelhof, Jugendheim, im Rahmen der Jugendfeier, von 11 bis 12 Uhr. Jahlabend, Sonntag, 11. Uhr, im Tempelhof, Jugendheim, im Rahmen der Jugendfeier, von 11 bis 12 Uhr.

15. Distrikt. 10. Verwaltungsbereich. Sitzung, Donnerstag, 7 Uhr, Elsharstr. 88. Jahlabend aller Genossinnen dringend notwendig. Die Listen sind mitzubringen.

16. Distrikt. 11. Verwaltungsbereich. Jahlabend, Sonntag, 11. Uhr, bei Reiter, Wilmstr. 7. Tagesordnung: Anschlag an die Jugendkommission und den Elternbeirat. Der Vorstand hat 15 Uhr zu erscheinen.

17. Distrikt. 12. Verwaltungsbereich. Der Jahlabend findet heute abend nicht in dem Bezirkslokal statt, sondern bei Reiter, Wilmstr. 7, im Tempelhof, von 11 bis 12 Uhr. Jahlabend in der Aula des Gymnasiums, Bismarckstr. 5, von 11 bis 12 Uhr.

18. Distrikt. 13. Verwaltungsbereich. Jahlabend, Sonntag, 11. Uhr, bei Reiter, Wilmstr. 7. Jahlabend, Sonntag, 11. Uhr, bei Reiter, Wilmstr. 7. Jahlabend, Sonntag, 11. Uhr, bei Reiter, Wilmstr. 7.

19. Distrikt. 14. Verwaltungsbereich. Jahlabend, Sonntag, 11. Uhr, bei Reiter, Wilmstr. 7. Jahlabend, Sonntag, 11. Uhr, bei Reiter, Wilmstr. 7. Jahlabend, Sonntag, 11. Uhr, bei Reiter, Wilmstr. 7.

### Bereinskalender

Zentralverband der Angestellten. Jahrgang 18 (Abende). Nachmittags, Sonntag, 11. Uhr, Sophienstr. 17/18. (Lerngegenstände.)

Soz. Arbeiterjugend. Donnerstag, 7 Uhr, im Lokal Wilmstr. 7. Gründungsversammlung der Gruppe Pflanzstr. Tac der Soz. Arbeiterjugend.

### Geschäftliches

Porzellan von Flecken zu befreien, und appetitlich herzurichten, vermag ein Mittel, das aus dem Anzeigenteil zu ersehen ist.

Verantwortlich für die Redaktion: Len Reichbach, Friedenau. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Kommer, Bismarckstr. 7. Druck: Verlags-Genossenschaft „Freiheit“, c. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Reichs-Druckerei G. m. b. H., Berlin C2, Berlinstr. 69.

Caid 40's die gute Zigarette

MASSARY ZIGARETTEN